

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7879.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die schlagpolierte Kolonels-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 28. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Generalstreik in Spanien.

Madrid, den 23. Februar 1902.

Seit langem schon bemühen sich die anarchistischen Elemente Spaniens oder, wie sie sich selbst meist nennen, die „Libertarios“ einen General- oder „revolutionären“ Streik zu inszenieren. Um die Arbeiter dazu zu bringen, haben sie kein Mittel verschmäht; Aufrichtigkeit war nie ihr Grundsatz. Ihre eigentliche Absicht geht dahin, vermittelt des Generalstreiks eine Revolution zu entfachen, die mit der Bourgeoisie aufzuräumen und dem Volk gestatten soll, ohne Staatsgewalt zu leben; aber da sie sahen, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft an die Möglichkeit einer derartigen Revolution nicht glaubte, schoben sie, um die Arbeiter für ihre Bestrebungen einzufangen, verschiedene andre Motive vor. So in letzterer Zeit irgendwo ein Streik ausbrach, erklärten sie, er müsse verallgemeinert, d. h. über alle Berufe und Ortschaften ausgedehnt werden. Und um für diese Auffassung Propaganda zu machen, suchten sie, wo sie konnten, die Beilegung von Streiks durch gegenseitige Zugeständnisse zu hintertreiben, indem sie forderten, daß sich die Arbeiter auf Teilbewilligungen von seiten der Unternehmer nicht einlassen sollten. „Alles oder nichts“, so sagten sie. Besser als Nachgiebigkeit sei immerhin noch die Niederlage. Zeitigten sich die Arbeiter dann dem Generalstreik geneigt, so wurde ihnen versichert, ein solcher allgemeiner Streik werde ja nur drei oder vier Tage, vielleicht gar nur einen Tag dauern, dann müsse die Bourgeoisie nachgeben.

Derartige Versuche, einen Generalstreik herbeizuführen, haben die Anarchisten in den letzten Jahren mehrfach gemacht; sie endeten zumeist mit Blutvergießen, Verhaftungen, Verurteilungen zu kürzeren oder längeren Gefängnisstrafen und einer völligen Desorganisation der beteiligten Arbeitervereine. In Barcelona, wo sie jüngst wieder einen Versuch dieser Art unternommen haben, waren die Umstände ihren Bestrebungen besonders günstig. Der krasse Eigennutz der dortigen Unternehmer, die Unfähigkeit der Behörden, das Blutvergießen und die dadurch hervorgerufene Erbitterung der Streikenden, ferner die Zugänglichkeit der dortigen Arbeiterschaft für anarchistische Einschüflerungen; das und manches sonst bewirkte, daß der Generalstreik tatsächlich zu einem totalen wurde, der sich auch auf andre katalonische Städte ausdehnte und sogar auf Valencia und Saragossa überzugreifen drohte.

Was hauptsächlich zur Verhängung des Generalstreiks den Anlaß bot, das war der Streik, der schon seit etwa zehn Wochen von den Barcelonaer Metallarbeitern um den neunstündigen Arbeitstag geführt wird. Diese Arbeiter, einige Tausende an Zahl, trafen, inspiriert durch die Anarchisten, in den Streik ein, obgleich sie nur ungefähr 100 Pesetas (80 M.) in der Kasse hatten. Man hielt, um die Unternehmer zu bekämpfen, eine vorherige Ansammlung von Fonds nicht für nötig; und als dann, da die Ausbeute nicht nachgab, die Arbeiter in wenigen Wochen Hunger litten, postierten sie sich in den Straßen und vor den öffentlichen Gebäuden und forderten Unterstützung nicht von den Arbeitern, sondern von der eignen Bourgeoisie. Erst dann schickten sie Kommissionen nach Madrid, Saragossa und andern Orten, um von den Arbeitervereinen Hilfgelder einzusammeln, wobei man, um die Vereine dieser Städte zu beeinflussen und zugleich in den eignen Reihen den Widerstand zu verlängern, das Gerücht in Umlauf setzte, daß von Arbeitervereinen außerhalb Spaniens beträchtliche Unterstützungen, ungefähr 250 000 Pesetas, eingelaufen seien. Darauf beschloßen die Unternehmer, erst recht in Unnachgiebigkeit zu verharren, um, wie sie sagten, das Prinzip zu wahren.

Am Sonntag, den 16. d. M., hielten die Barcelonaer Metallarbeiter eine Versammlung ab, und ebenso noch einige andre kleinere Gewerke, die sich im Aufstand befanden. In diesen Versammlungen und besonders derjenigen der Metallarbeiter kam es zu heftigen Anklagen. Der Moment wäre, hieß es, gekommen, wo das Diskutieren überflüssig geworden sei, jetzt gelte es zur That überzugehen. Am folgenden Montag in aller Frühe durchzogen die Fürsprecher des Generalstreiks die Straßen und erreichten, daß die Arbeiter größtenteils mit der Arbeit nicht angingen, und daß ein andrer Teil, der bereits begonnen hatte, die Arbeit wieder einstellte. Ihr Programm findet sich in dem folgenden von ihnen verbreiteten Aufruf resumiert:

„Auf, Genossen und Einwohner! Laßt jegliche Arbeit ruhen, vom Ackerer bis zum Raschinisten, vom Hausknecht bis zum Schriftfeger und bis zum Handlungsgehilfen, Ihr alle, die Ihr arbeitet! Nichts rege sich, Alles stehe still. Auf die Weigerung der reichen Vampire antworte die Veere, das Schweigen, der Hunger für alle! — Ohne Essen, ohne Getränk, ohne Annehmlichkeit werden unsre Feinde schon kapitulieren!“

Bis zu den ersten Abendstunden waren die Verbänger des Generalstreiks Herren der Stadt; sie entrißen den Diensthöfen auf den Straßen die Nahrungsmittel, die diese bei sich hatten, bildeten nicht das Decken der Läden und verhinderten den Wagenverkehr. Die Civilbehörde blieb untätig; erst am Abend erklärte die Militärbehörde den Kriegszustand und ließ Soldaten-Patrouillen die Straßen durchstreifen, die ebenso wie die Civil-Garde (Gendarmen) verschiedene Angriffe auf die sich ansammelnden Streikenden unternahm. Zugleich erfolgte eine allgemeine Schließung der Arbeitervereine und

Verkehrsstelle, sowie eine eifrige Nachforschung nach Personen, die man für Leiter der Bewegung hielt.

Nachdem das Parlament die Autorisation zur Aufhebung der konstitutionellen Garantien erteilt hatte, erklärte der Generalkapitän deren vorläufige Suspension. Gleichzeitig gingen mehrere Abteilungen Infanterie und Kavallerie nach Barcelona ab, und nun ging die Militärgewalt am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ohne irgend welche Rücksicht gegen die Tumultuanten vor, besonders gegen die Streikenden, welche die Proklamation zu stürmen suchten oder die von der Civil-Garde in die Gefängnisse Abgelieferten befreien wollten. Soweit bis jetzt bekannt, beträgt die Zahl der Toten etwa vierzig, der Verwundeten über 200. Wie immer hat auch diesmal die Behörde brutal gehandelt. Sie hat nicht nur die beim Straßenkampf Festgenommenen und die anarchistischen Leiter ins Gefängnis gesteckt, sondern auch verschiedene Socialisten, obgleich diese gegen den Generalstreik waren.

Sans, Sabadell, Larrassa und andre unmittelbar an Barcelona grenzende Ortschaften standen ebenfalls im Generalstreik. In jedem dieser Orte haben sich im kleinen ähnliche Scenen abgespielt, wie in Barcelona. In Sabadell wurde ein Kloster angegriffen. Auch dort wurden viele Personen festgenommen. Ebenso hat der Generalstreik auf Saragossa und auf Neus übergegriffen, doch wurde in dem ersten dieser beiden Orte bereits beschlossen, morgen, am Montagmorgen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ueber Valencia und Saragossa haben die anarchistischen Elemente ebenfalls den Generalstreik zu verhängen versucht, aber infolge der geringen Zahl ihrer Anhänger in diesen Städten und der von den Behörden ergriffenen energischen Vorbeugungsmahregeln sind dort diese Versuche mißlungen.

In Madrid, Bilbao, Valladolid, San Sebastian, Bejar und andern Ortschaften, wo die socialistische Partei unter der Arbeiterschaft einen größeren Anhang hat, ist es bisher nicht zu irgend welchen beträchtlichen Arbeitsunterstellungen gekommen. Die Arbeiter dieser Orte sehen ein, daß auf dem Wege, den die Barcelonaer Arbeiter eingeschlagen haben, keine Erfolge zu erringen sind, daß das Resultat, so wie die Verhältnisse liegen, in nichts andrem bestehen kann, als in einer Schädigung und Schwächung ihrer Organisationen. Der Tod der im Kampf Gefallenen, die Einkerkelung der Ergreifenen, die Verurteilung der Gewerkschaften; sie werden nicht durch das geringste positive Ergebnis kompensiert. Es war eine völlig nutzlose Aufopferung; und man darf sogar noch froh sein, wenn der größte Teil der Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder Arbeit erhält.

Zum Schluß sei noch eine Thatsache erwähnt, welche die Qualität unserer Regierenden trefflich illustriert. Das Individuum, das während der letzten Monate das höchste Zivilamt Barcelonas, einer Stadt von über eine halbe Million Einwohnern, inne hatte, ist ein notorischer Wüstling, der es als seine Hauptaufgabe betrachtete, seine Vorse auf Kosten der Spielhäuser und Bordelle zu füllen, die in Barcelona in reichlicherer Zahl vorhanden sind, als in irgend einer andern spanischen Stadt.

Pablo Iglesias.

Zolltarif-Kommission.

Die Donnerstags-Sitzung brachte in ihrem ersten Teile keine besonderen Ueberraschungen: Buchweizen soll noch über den Vorschlag der Regierung, Hirse über den heutigen Generaltarif hinaus mit Zoll belegt werden. Vergeblich wiesen Mollenbuh und Stadthagen auf die kulturfördernde Wirkung des Buchweizens als „blauer Heinrich“, als „Bannfuchen“, als menschliches Nahrungsmittel, als Düngemittel und als Grünfutter hin. Die Mehrheit schloß die Debatte, zu der noch Gothein und Webel zum Wort gemeldet waren, und nahm mit 14 gegen 10 Stimmen Erhöhung des Zollfußes an. Auch die Hirse soll um 50 Proz. mehr als bisher verzollt werden, wiewohl auch sie als Nahrungsmittel für Mensch und Vieh dient und die gesamte Einfuhr kaum 1 1/4 Millionen Mark übersteigt. Die Mehrheit und die Regierung arbeiten, scheint es, ohne sachliche Gründe, lediglich nach dem Schema F: „wir wollen die Sätze des Generaltarifs erhöhen, weil auch der unreele Kaufmann auf seine Preise ausschlägt, um nachher ablassen zu können“.

Als um 12 Uhr die siebente Position des Tarifs „Mais und Dari“ zur Verhandlung gelangen sollte, verlangte die Minderheit energisch, daß endlich den wiederholten Beschläffen der Kommission entsprechend, über die eingelaufenen Petitionen Bericht erstattet werden solle. Der Abg. v. Wangenheim hatte trotz der wiederholten Nachweise der völligen Unzulänglichkeit seiner sogenannten Berichterstatter, bei der er die wichtigsten Petitionen nicht einmal erwähnt und die Begründung der andern nicht angeführt hatte, auch am Donnerstag völlig als Berichterstatter verfaßt. Das einzige, was er vorzutragen hatte, war, daß ihm „soeben“ die Petition des Bundes der deutschen christlichen Bauernvereine zugegangen sei, die jedes Reichstagsmitglied seit vielen Wochen gedruckt zugesendet erhalten hatte. Diese totale Unfähigkeit zeitigte den Antrag, die Berichterstatter einem andern Abgeordneten zu übertragen und bis dahin

den Zolltarif zurückzustellen und zu dem Zolltarif-Gesetz zurückzukehren. Es folgte nun eine erregte Debatte, in der die beispiellose Obstruktion dieses Berichterstatters in einer so abfälligen Art geäußert wurde, wie wohl noch nie zuvor das Verhalten eines Abgeordneten.

Der Vorsitzende Nettich sucht die Schuld auf das Bureau abzuwälzen. Dieser Versuch mißlang völlig und wurde selbst vom Centrum als unberechtigt zurückgewiesen. Der Vorsitzende selbst geriet mit seinem Freunde v. Wangenheim schließlich insofern in Konflikt, als er behauptete, er habe Herrn v. Wangenheim gebeten, die Berichterstatter für die Petitionen über Getreide zu übernehmen, und v. Wangenheim dies bestritt. v. Wangenheim lehnte, bevor es zu einer Abstimmung darüber kam, daß ein andrer Berichterstatter an seiner Stelle eingesetzt werde, eine weitere Berichterstatter ab. Ein so klägliches Beispiel absoluter Unfähigkeit zu einer einfachen Berichterstatter steht in den Annalen des deutschen Reichstags einzig da. In Stelle des Herrn v. Wangenheim wurde der Abgeordnete Camp mit der Berichterstatter über die Getreidezölle betraut und dann die Sitzung auf Freitagvormittag um 10 Uhr vertagt.

In der Donnerstags-Sitzung entschuldigte zunächst Camp (Rp.) sein Fehlen bei der gestrigen Abstimmung. (Im Bericht war irrthümlich Gabel genannt.) Er habe dem Begründer des Vorhabens beizuhelfen müssen und nach menschlicher Voraussicht sei es auch nicht anzunehmen gewesen, daß es schon am Mittwoch zur Abstimmung über den Antrag Herold kommen werde. Er würde schüft für den Antrag gestimmt haben.

Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) bedauert, gezwungen gewesen zu sein, wenige Minuten vor der Abstimmung das Sitzungszimmer zu verlassen, sonst würde er gegen das Kompromiß gestimmt haben.

Die Beratung beginnt bei Nummer 5 des Zolltarifs (Buchweizen.) Der Satz der Regierungsvorlage ist 3.50 M.

Hierzu liegen drei Anträge vor: Mollenbuh (Soe.) beantragt Zollfreiheit, Gothein (fr. Sp.) die Wiederherstellung des alten Vertragsfußes von 2 M. in den Tarif und Herold (C.) einen Satz von 5 M. für den Doppelcentner.

Mollenbuh (Soe.) begründet seinen Antrag, Buchweizen sei ein Rohmittel der armen Leute und dürfe deshalb nicht künstlich verteuert werden. Die Begründung für den höheren Zollfuß ist so mager wie der Boden, auf dem der Buchweizen wächst. Die armen Bauern gebrauchen den Buchweizen als Gründüngungsmittel, und ihre Arbeiter essen ihn.

Gothein (fr. Sp.) bemängelt die Begründung der Zollserhöhung. Die Gründe, die dafür angegeben, seien nichtig.

Herr v. Wangenheim (L.) plädiert für einen Zollfuß von 5 M. Der heimische Buchweizen müsse gegen den Wettbewerb des Auslandes umso mehr geschützt werden, als er nur in den ärmsten Gegenden gebaut werde und in seinen Erträgen bei und zu Lande so mager sei, daß dort, wo in einem Jahre ein Scheffel Ausfaat 25 Scheffel Ernte brächten, im andern Jahre 25 Scheffel Ausfaat einen Scheffel Ernte gäben.

Stadthagen (Soe.) Buchweizen ist eine Speise für arme Leute und für Gefangene. Aus eigener Erfahrung weiß ich, welche Bedeutung dem Buchweizen in Gestalt des sogenannten „blauen Heinrich“ für die Ernährung in Gefängnissen zukommt. Ich bedauere nur, daß der Justizminister oder der Minister des Innern nicht hier ist. Man sollte die knapp bemessenen Mittel für Verpflegung der Gefangenen nicht noch weiter beschränken. Der Bund der Landwirthe hat auch keine Begründung für den höheren Zollfuß gewährt und nur gesagt, der von ihm geforderte Zoll entspreche dem Werte des Produkts. Eine solche Begründung kann man bei jeder Position aufstellen.

Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) tritt gleichfalls für Zollfreiheit ein.

Landwirtschaftsminister v. Podbielski erklärt, höhere Zollsätze müßten eingestellt werden, damit nachgelassen werden könne. Ein guter Geschäftsmann mache nicht gleich sein letztes Gebot. Der Buchweizen werde nicht mehr annähernd in demselben Umfange wie früher als Nahrungsmittel von der ärmeren Bevölkerung verwendet. Der Großhandelsbesitz habe an Buchweizen als Futtermittel erhebliches Interesse. Nur die Produzenten wählten, was sie in ihren Petitionen motivierten, denn die Produzenten seien in der Provinz; die Konsumenten aber petitionierten ohne die einschlägigen Verhältnisse zu kennen.

Brockmann (C.) weist auf die Petition der christlichen Bauernvereine hin, welche für Buchweizen einen Mindestzoll von 5.50 M. fordert.

Freiherr v. Wangenheim (L.) bestritt die Bedeutung des Buchweizens als Vordüngung. Der Buchweizen poivere den leichtsten Boden aus.

Geheimrat Johannes erklärt, die Begründung der Zollsätze sei so dürftig gehalten aus Gründen der internationalen Politik.

Mollenbuh (Soe.) weist gegenüber den Ausführungen Wangenheims auf die Rolle hin, welche die Gründüngung mit Buchweizen in Schleswig-Holstein spiele. Wenn die Landwirtschaft so nothwendig ist, wie behauptet wird, dann kam sie die Mehrerträge für Gründüngung-Saat nicht aufbringen. Man sollte doch mitteilen, welches die wirklichen Gründe für die beantragte Erhöhung sind.

Stadthagen (Soe.) bedauert, daß der Berichterstatter von Wangenheim so mangelhaft über die Petitionen referierte.

Diese Bemerkung giebt dem Vorsitzenden Nettich Anlaß, in erregtesten Zwischenbemerkungen den Redner zu unterbrechen.

indem er betont, daß seine (Stadthagens) Bemerkungen über flüchtig seien, da über alles referiert werde, was vorliege.

Es entspinnt sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an deren Schluß v. Wangenheim (konf.) erklärt, daß er die Lust verloren habe, eine so undankbare Aufgabe, wie das Referat, weiter zu behalten.

Spahn (C.) beantragt Schluß der Debatte.

Nachdem dieser Schlußantrag angenommen, wird der Antrag Herold auf 5 Mark-Joll mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Kommission wendet sich nun zu Nr. 6 (Hirse etc.). In die Regierungsvorlage ist ein Jolljah von 1,50 Mark eingefügt. — Gothein (fr. Sp.) beantragt, an dem bisherigen Vertragssatz von 1 Mark festzuhalten, indem er zugleich die Dringlichkeit auch dieser Begründung bemängelt. Ob denn auch bei der geringen Erhöhung um 50 Pfennig das Auswärtige Amt zu Gunsten einer Unterdrückung von Gründen interveniert habe?

Direktor im Reichsamt des Innern Vermuth macht handelspolitische Mitteilungen, die vertraulich gehalten werden sollen.

Webel (Soc.) wendet sich gegen diese Praxis, alles geheim zu halten, was doch längst in der Öffentlichkeit schon erörtert worden sei. Die Regierungsvertreter sagten nichts, was nicht in der Begründung oder in den jedermann zugänglichen amtlichen Publikationen stehe. Die Positionen sind handelspolitisch von keiner Bedeutung. Man will die Gründe geheim halten, nicht weil die Sache von Bedeutung ist, sondern weil es an Gründen fehlt.

Direktor im Reichsamt des Innern Vermuth giebt zu, daß die Zahlen bekannt sind, aber die Art, wie man sie handelspolitisch verwenden kann, müsse doch geheim gehalten werden.

Stadthagen (Soc.): Die Begründung ist ganz nach einem Schema gearbeitet, aber man hat nicht einmal richtig gerechnet. Will man etwa die Handelsvertrags-Verhandlungen wie den Handel mit alten Hosen betreiben, dann hätte man nur mechanische Verdoppelung oder Verdreifachung des bestehenden Tarifs vornehmen brauchen. Die Bauernvereine wollen keine Erhöhung des Joll, weil sie die Hirse als Futtermittel gebrauchen. Nicht einmal Scheingründe habe man vorbringen können.

v. Kardorff (Sp.): Der Rat Stadthagens, den bestehenden Tarif einfach zu verdoppeln oder zu verdreifachen, würde annehmbar sein, wenn Minimalsätze festgesetzt würden, wie weit bei Handelsverträgen herabgegangen werden darf.

Müller-Sagan (fr. Sp.) weist auf die Bedeutung der Hirse als menschliches Nahrungsmittel speziell für die schlesische Bevölkerung hin. Er legt weiter dar, wie wichtig es für die heimische Landwirtschaft sei, daß hirsrefresche ausländische Stubenvögel anstatt heimischer Singvögel, welche Schädlinge der Landwirtschaft vertilgen, in den Familien gehalten werden. Zum Schutze der Landwirtschaft gegen tierische Schädlinge sei eine Ermäßigung des Jollzollens notwendig.

Der Jolljah der Vorlage 1,50 M. wird mit großer Mehrheit angenommen.

Als die Kommission zur folgenden Nummer: Mais und Dattl übergehen will, beantragt Stadthagen Berichterstatter über die eingegangenen Petitionen. Es sei unerhört, wie v. Wangenheim seine Pflicht als Referent vernachlässige.

v. Wangenheim (konf.) erklärt, was Stadthagen sage, sei für ihn Lust. Es sei ihm schnuppe, wie Stadthagen über ihn denke; da er aber nicht Lust habe, sich weiter kritisieren zu lassen, lehne er es ab, weiter zu referieren.

Webel (Soc.) verwahrt sich dagegen, daß v. Wangenheim die übrigen Kollegen mit vornehmer Kontralance behandle.

Äußerliche wie „schnuppe“ und „Lust“, die Wangenheim eben gebraucht habe, seien bisher im Reichstage nicht üblich gewesen. Eine so leichtfertige und gewissenlose Berichterstattung wie die v. Wangenheims sei ihm noch nicht vorgekommen. Er empfehle, statt Wangenheim einen andern Referenten zu wählen.

Baasche (natl.) erachtet es für überflüssig, vor Beratung der Einzelnummer über die dazu eingegangenen Petitionen zu referieren. Was die Bauern wünschen, wisse man im voraus, das könne für die Beratungen nicht in Betracht kommen. Redner schlägt zur weiteren Berichterstattung den Abg. Fischbeck vor.

Stadthagen (Soc.) verweist auf den Beschluß der Kommission, über die zu jeder Nummer eingegangenen Petitionen im voraus berichten zu lassen. Er habe sich nicht über die Tätigkeit, sondern über die Unfähigkeit Wangenheims abfällig geäußert. Als Redner dann weiter die Leichtfertigkeit der Wangenheimschen Berichterstattung kritisiert, erklärt der Vorsitzende Rettich das für unzulässig.

Stadthagen fragt an, ob es denn zulässig sei, à la Wangenheim „schnuppe“ und „Lust“ zu sagen. Dem Abg. v. Wangenheim scheine der Vorsitzende Rettich alles durchgehen zu lassen, weil er sich als Untergebenen des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte fühle.

v. Wangenheim erwidert Webel, wenn er Äußerliche gebraucht habe, die bisher im Reichstage nicht vorgekommen seien, so müsse das darauf zurückgeführt werden, daß auch Stadthagen in einem Tone gesprochen habe, der bisher im Reichstage nicht üblich gewesen sei.

Webel stellt fest, daß v. Wangenheim in seinem Referat über die Petitionen das Wichtigste unterschlagen habe. Für ein solches Referat, das sich von dem musterhaften Specks auf das nachteiligste unterscheidet, habe Herr v. Wangenheim sicherlich keine Stunde Vorbereitung gebraucht. Wangenheim werde eine Diskussionart gestatten, wie keinem andern Mitgliede der Kommission, dagegen wird jeder gegen v. Wangenheim gerichtete Vorwurf vom Vorsitzenden als nicht zur Sache gehörig bezeichnet. Die Ansicht des Abg. Baasche läuft auf eine Beschränkung des Rechtes der Petenten hinaus.

Gothein (fr. Sp.) verurteilt ebenfalls Wangenheims Berichterstattung und schlägt vor, an seiner Stelle mehrere Referenten zu ernennen.

Vorsitzender Rettich schiebt die ganze Schuld auf das Bureau des Reichstags zu schieben, das nicht im Stande gewesen sei, dem Andrang der Petenten zu entsprechen.

Fischbeck (fr. Sp.) bestreitet, daß dem Bureau irgend welche Verantwortung für Wangenheims Nachlässigkeit aufgebürdet werden könne. Das Bureau des Reichstags sei doch der Kommission nicht vorgelegt.

Vorsitzender Rettich erachtet die Erörterungen für überflüssig. Mehr zu thun, als geschehen, sei nicht möglich.

Camp (Sp.) erklärt, der innere Wert aller Petitionen sei ein sehr geringer. Jedes Mitglied des Hauses wisse, was darin stehe. Er wolle über die Petitionen ausführlich berichten, ohne sie gelesen zu haben.

Müller-Sagan (fr. Sp.) verwahrt sich gegen die Geringschätzung der Petitionen aus Bauernkreisen, denen sonst draußen im Lande der Bund der Landwirte gar nicht genug Honig um den Mund zu schmieren wisse. Nicht am Bureau, sondern an der Person des Abg. v. Wangenheim liege es, daß die Berichterstattung nicht zureiche.

v. Kardorff (Sp.) glaubt, daß den Petitionen überhaupt zu viel Gewicht beigelegt werde.

Webel (Soc.) weist dem Abg. Camp an einer Petition betreffend differenzielle Behandlung des Mais nach, daß es unmöglich sei, aus allgemeinen Erwägungen den Inhalt einer Petition zu erschließen und erklärt, nachdem die ganze Liste der Kommission dem Abg. v. Wangenheim ein Nichtantragsvotum erklärt habe, könne derselbe unmöglich weiter referieren.

Schließlich übernimmt Camp das Referat für Mais. Die Kommission verlegt sich schon um 12 1/2 Uhr auf Freitag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Der Reichstag

hielt Donnerstag zwei Sitzungen ab, eine sehr kurze und eine sehr ausgedehnte. Schuld an der Doppelsitzung trug die Obstruktion der Nationalliberalen, die auf jeden Fall die Verhandlung über die an erster Stelle stehende Wahl des Abg. Priebe, des Nachfolgers von Stumm, hinterzuziehen wollten. Dabei handelte es sich noch nicht einmal um die Frage der Gültigkeitserklärung dieser Wahl. Die Wahlprüfungs-Kommission hatte nur weitere Erhebungen beantragt. Den Nationalliberalen aber lag offenbar außerordentlich viel daran, Herrn Priebe möglichst lange in dem Besitz seines zu Unrecht zu stande gekommenen Mandats zu erhalten. In krasser und cynischer Verachtung der Gebote des einfachsten parlamentarischen Anstandes beantragten sie die Aussetzung der Verhandlung über den Kommissionsantrag.

Singer wies mit Nachdruck darauf hin, daß eine alte Gewohnheit des Hauses sei, die Wahlprüfungen möglichst zu beschleunigen.

Herr Wassermann aber ließ sich nicht abschrecken, und da das Haus nicht beschlußfähig war, konnte er seinen Willen durchsetzen. Freilich erreichte ihn dabei das verdiente Schicksal, daß er, obwohl er dem Hause doch schon lange genug angehört, sich durch seine Unkenntnis der Geschäftsordnung zweimal gründlich blamierte.

Die zweite Sitzung, die Graf Ballesström eine halbe Stunde später anberaumte, verließ das gefährliche Thema der Wahlprüfungen und beschäftigte sich ausschließlich mit Petitionen. Nicht weniger als 43 lagen vor und im bunten Wirbel zog Wichtiges und Unwichtiges vorüber.

Gegen die Stimmen der Linken wurde beschlossen, die Petition auf Abänderung der Börsegesetzgebung von der Tagesordnung abzusehen.

Eine Petition, die sich gegen das Apothekermopol richtet, wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen. Dabei wurde vom Regierungssitz darauf aufmerksam gemacht, daß eine Abänderung der alten Verordnung über die Heilmittel, die nur in Apotheken feilgehalten werden, inzwischen bereits erschienen ist. Der Versuch der Alldeutschen, bei den Petitionen, die die Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Kriege verlangen, eine kleine Voerendebatte zu entfalten, fand kein Gegenkommen. Die Herren Dr. Haffke, der Antisemit Werner und der unermüdliche Dr. Arendt hielten Monologe. Doch wurde diese Petition dem Reichskanzler als Material überwiesen und trotz des Widerspruches des Centrums nicht über sie zur Tagesordnung geschritten. Eine Petition auf Befreiung der gesundheitsgefährlichen Phosphor-Zündholz-Industrie wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen. Genosse Wurm machte auf unsren Initiativantrag über den gleichen Gegenstand aufmerksam.

Eine längere Diskussion entspann sich um eine Petition auf Befreiung des Impfygesetzes. Die Genossen Thiele und Ketzhaus vertraten die Ansicht, daß der Impfwang beseitigt werden müßte, während der Nationalliberale Dr. Endemann den Impfwang verteidigte. Die Petition wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Freitag: Etat der Reichs-Eisenbahnen, der Zölle und Zuckersteuer.

Einem schweren politischen Mißgriff

und eine falsche Auslegung des preussischen Vereinsgesetzes stellt eine Mahnrede dar, die am Mittwoch in einer Versammlung des Wahlvereins für den dritten Berliner Wahlkreis untergeordnete Polizeiorgane ausführten.

Den Erklärungen des Ministers des Innern gemäß waren auf den Tribünen Frauen als Zuhörerinnen erschienen. Trotzdem verlangte der überwachende Polizeibeamte, daß die Frauen die Tribüne räumten, eine unberechtigte Forderung, der sich die Versammlung fügen mußte.

Wie aus diesem Vorkommnis zu schließen ist, hat der Polizeipräsident von Berlin es bisher unbegreiflicherweise unterlassen, die untergeordneten Polizeibeamten anzuweisen, daß sie gemäß seiner von dem Minister des Innern ausdrücklich anerkannter Meinung künftig die Frauen als Zuhörerinnen zu den Versammlungen politischer Vereine zulassen. Nur so läßt es sich erklären, daß es ein Polizeibeamter wagen konnte, entgegen dem Willen des Ministers und des Polizeipräsidenten die Frauen aus jener Versammlung zu entfernen. Selbstverständlich hat die Versammlung beschlossen, über die Verweisung der Frauen von der Tribüne des Saales Beschwerde beim Polizeipräsidenten zu führen.

Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß der Polizeipräsident die Beschwerde als gerechtfertigt anerkennen und den schuldigen Polizeibeamten rekräftigern muß. Würde er anders verfahren, so würde das nicht weniger bedeuten, als das Ingehindnis, daß es in Preußen zwei Vereinsgesetze giebt, eins für den Erlaßgebrauch des Bundes der Landwirte und eins für die übrige Menschheit. Der Polizeipräsident wird doch wohl seinen vorgelegten Minister nicht ins Unrecht setzen, sondern eine befriedigende Antwort geben.

Inzwischen wird er gut thun, um weitere Mißlichkeiten zu vermeiden, die Anweisung an die untergeordneten Polizeiorgane ergehen zu lassen, daß sie in seinem und des Ministers Sinne zu handeln hätten.

Deutsches Reich.

Die Demokratie als Ausfuhrartikel.

Während im Deutschen Reich der demokratische Gedanke streng verboten ist, während die gefassten Helden von 1848 noch immer im Verdrißschpain einer monumentalen Ehreung entbehren müssen, darf selbst ein deutscher Prinz drüben in den Vereinigten Staaten mit der Demokratie sich verbrütern, allerdings mit einer Demokratie, die längst durch den Billionarismus forumpiact ist. Wie Väterchen den französischen Geldgebern zu Liebe respektvoll stehend das nationale Revolutionslied anhörte, dieweil in seinem Vaterland jede politische Bewegung grausam im Blut erstickt wird, so paßt sich jetzt der deutsche Dreiviertel-Abolitionismus wunderbar den demokratischen Gepflogenheiten der amerikanischen Dollar-Republik an, was ihn nicht hindern wird, nach seiner Rückkehr mit verstärkten Kräften vormärzlich mit Polizei und Staatsanwalt zu regieren.

In New York rechnete es sich Prinz Heinrich zur Ehre an, mit jenem hochverräterischen waterlandsflüchtigen Karl Schurz vertraute Jointsprache zu halten, der einst den Unsturzdichter Gottfried Kinkel gewaltsam aus der Spandauer Gefangenschaft befreite. In Berlin würde Schurz nicht einmal als Stadtrat bestätigt werden.

Auch sonst ist das demokratische Bewußtsein, das in Deutschland als Tobstunde angerechnet wird, als Ausfuhrartikel in Amerika zu höchster Anerkennung gelangt. Bei uns wird die Presse von den Herrschenden eben nur geduldet, und, soweit sie entschieden oppositionell ist, auf alle Weise diskantiert. Noch niemals ist der Monarch in Deutschland auf einer Veranstaltung der Presse erschienen, und die Vereine der bürgerlichen Blätter fühlen sich schon außerordentlich geschmeichelt, wenn sich ein leidhaftiger Minister auf ihre Wälle vertritt oder es ihnen vergönnt ist, in einem Preß-Konzert irgend eine dilettantische Serenissimadunst in Gegenwart des hohen Kompositionen anzuführen. In Amerika genießt die Presse unbeschränkte Bewegungsfreiheit, von der sie oft gäbellost, verrohenden Gebrauch macht. Diese „Vollzweidrigkeit“ der amerikanischen Presse hielt den Abgesandten des Deutschen Kaisers aber nicht ab, an einem ihm zu Ehren veranstalteten Preß-Bankett teilzunehmen und den amerikanischen Hungerlandbaten (um ein Wort seines Bruders zu gebrauchen), in einer sehr merkwürdigen Rede seine politischen und sonstigen Meinungen anzuvortragen.

Diese Rede des Prinzen Heinrich auf dem New Yorker Preß-Diner hatte folgenden Wortlaut:

„Ich bin mir der Thatsache voll bewußt, daß ich der Gast und in der Gesellschaft der Vertreter der Presse der Vereinigten Staaten besonders der Gast der New Yorker Staatszeitung bin, und ich wünsche beiden zu danken für die freundliche Einladung und den Empfang, der mir heute Abend geworden ist. Ehe ich mich in Einzelheiten vertiefe, möchte ich Ihnen allen zu verstehen geben, daß ich dieses Zusammensein, obwohl daselbe als offizielles betrachtet werden mag, als ein ganz vertrauliches ansehe, und daß es mein Wunsch ist, keiner von Ihnen möge, nachdem er diese Festtafel verlassen, das Auszubehalten versuchen, was hier gesagt oder geredet worden ist.“

Zweifellos ist die Presse heutzutage ein Faktor, wenn nicht eine Macht, welche nicht vernachlässigt werden darf, und die ich mit zahllosen submarinen Minen vergleichen möchte, die in vielen Fällen in der am wenigsten erwarteten Weise losgehen. Aber Ihre eigne Marinegeschichte lehrt uns, die Minen nicht zu beachten, wenn sie uns im Wege sind. Die bei dieser denkwürdigen Gelegenheit geführte Sprache war schärfer, als ich sie je heute abend zu wiederholen unternehmen würde. Ich brauche nur den Namen Farragut zu erwähnen.“

Ein anderer Vergleich nach Ihrem Geschmack, meine Herren, mehr entiprecken, und er ist tatsächlich sameselbster. Er wurde gezogen von Seiner Majestät dem Kaiser, ehe ich abreiste. Der Kaiser sagte: „Du wirst mit vielen Vertretern der Presse zusammentreffen und ich wünsche deshalb, Du mögest Dir stets vergegenwärtigen, daß Preßleute in den Vereinigten Staaten beinahe mit meinen kommandierenden Generalen rangieren.“

Ich weiß, es wird Sie interessieren, etwas über die Natur meiner Mission in diesem Lande zu erfahren. Die Thatsachen liegen so: Seine Majestät der Kaiser hat die jüngste rapide Entwicklung der Vereinigten Staaten aufs genaueste verfolgt, und Seine Majestät ist sich sehr klar über die Thatsache, daß Ihre Nation eine rasch schreitende ist. Meiner Sendung in dieses Land mag deshalb als ein Akt der Freundschaft und Courtoisie angesehen werden mit dem einzigen Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu fördern. Sollten Sie willens sein, eine ausgedehnte Hand zu ergreifen, so finden Sie eine solche jenseits des Atlantischen Ozeans.“

Es ist nach dieser Rede kein Zweifel, daß Prinz Heinrich den Auftrag mitbekommen hat, die „Preßleute“ durch persönliche Einwirkung für Deutschland günstig zu stimmen. Ob er mit dieser Rede seinen Auftrag zweckmäßig erfüllt hat, scheint aber sehr fraglich. Die deutschen Kabschamods senden zwar allerlei berauschtes Gefasel nach Deutschland, das von dem Entzücken der „Preßleute“ laßt — indessen wir würden nicht zusehen sein mit einer so sonderbaren Subdigung, wie sie der Prinz der Presse gezollt hat. Er verließ sie mit Minen unter Wasser, über die aber ein lächerlicher Admiral, wie der Held des amerikanischen Bürgerkriegs, Farragut, gleichmächtig mit Schiffen hinwegfährt. Und diese eigenartige Würdigung der Presse wird auch nicht durch die eindringlich beabsichtigte Schmeichelei ausgeglichen, daß so ein amerikanischer Hungerkandidat beinahe mit einem preussischen kommandierenden General rangiert. Ein Journalist, dessen Ehre seine freie unabhängige Ueberzeugung ist, dürfte keinen Wert darauf legen, mit einem unfreien Glied der militärischen Hierarchie verglichen zu werden. Der Geist der Schlächtern der Kultur schlägt, hat eine höhere Würde als jede Strategie der gepanzerten Faust.

Allerdings, die Herren, die in New York tafelten, mögen wohl nicht eine so hohe Meinung von ihrem Beruf haben, und so wird der eine oder der andre vielleicht doch glücklich gewesen sein, daß er beinahe den unerhörten Rang eines preussischen kommandierenden Generals erreicht habe, der in demselben Augenblick nichts ist, in dem er seinen Dienst quittieren muß.

Einer der Kabschamods, die aus Berlin nach New York geschickt wurden, urteilt über die Prinzenrede, die vertraulich behandelt werden sollte und deshalb natürlich sofort in alle Welt telegraphiert wurde: „Es war einer der allerbedeutendsten Vorgänge dieser eigenartigen durch einen wunderbaren politischen Instinkt ins Werk gesetzten Reise, der die erfreulichen Folgen in den Presse-Beziehungen und damit in der Pflege guter Beziehungen zwischen beiden Nationen überhaupt sicher zu Tage treten lassen wird.“

Der Brave! Die fabelhaften Wirkungen dieser Festivitäten werden noch schneller versiegen als die Kohlensäure des geöffneten Sektens. Immerhin wird eine kleine Erinnerung daran zurückbleiben, daß deutsche Vertreter der herrschenden Klassen in Amerika fast ebenso „demokratisch“ sich zu geben verstehen wie der — Bar in dem revolutionären Frankreich.

Das Geheimnis der Panke-Begeisterung

Ist jetzt durch den unbegreiflichen Konkurrenzneid geistreichender Spezialkorrespondenten in ebenso verblühender wie betrübender Weise enthüllt worden. Wie bekannt, war zu dem Kauf der Kaiser-Nacht nur die Plüte des Pankektums, etwa 2—3000 Personen, zugelassen worden. Unter diesen adeltausend Elitögästen dürfte kaum einer gewesen sein, der nicht mindestens seine Million repräsentierte. Diese Leute repräsentierten also nach der Theorie des Professors Ehrenberg gleichzeitig die höchste Intelligenz des amerikanischen Volkes.

Und diese Edelfsten und Besten stimmten in das von Roosevelt angebrachte Hoch mit einer Begeisterung ein, daß der hingerichtete Berichterstatter des Eschel-Blattes den Einbruch empfand, als müßte der Begeisterungsandrang bis jenseits des Ozeans gebort werden. Aber nun berichtet der Spezialkorrespondent des Woffe-Blattes über den weiteren Verlauf der erhabenden Veranstaltung:

Nachher betrogen sich viele Gäste wenig anständig, sie betranken sich in Champagnermisch, überrannten die Frauen,

die sich ein Andenken holen wollten, und schleppten alles mit, was nicht net- und ungeliebt war, sogar Teile vom Modell der „Hohenzollern“, das Townsend u. Downey ausgefertigt hatten. Schliesslich musste Downey die Verwirrung einstellen lassen.“

Die kommandierenden Generale.

Der Specialkorrespondent des „Verl. Tagebl.“ labelt folgende Jeremiade:

Die Verichterstattung über die einzelnen Phasen des Bringenbesuches ist dadurch, dass die meisten Verurteilungen privaten Charakters sind und die Presse ausschließen, das tägliche Programm aber fortwährenden Veränderungen unterliegt, enorm erschwert. Besonders die von Deutschland eingetroffenen Korrespondenten sind schmerzlich enttäuscht, statt die Wege gebnet, meist verschlossene Thüren zu finden. Bisher waren nur beim Stapellauf umfassende zweckmäßige Anordnungen im Interesse einer zuverlässigen Verichterstattung getroffen.

Wie können den Schmerz mitfühlen, dass von der Weltverbrüderung gerade die siebente Großmacht ausgeschlossen sein soll!

Die Progen-Parade.

Bei der Gala-Opern-Aufführung zu Ehren des Prinzen Heinrich kostete ein Sitzplatz 200 M., ein Logenplatz die Kleinigkeit von 1000 M.!

Der „New York Herald“ erklärt, die märchenhafte Pracht, die im Opernhaus gesehen wurde, sei niemals in einem ähnlichen Institut der Welt zu finden gewesen. Abgesehen von den Dekorationen seien die Toiletten der Damen, speziell die enormen Mengen von Diamanten, staunenswert gewesen.

Unter den Dollar-Majestäten.

Bei dem am Mittwoch stattgefundenen Festmahl der hervorragensten Industriellen erhielt Prinz Heinrich ein Büchlein, welches die Lebensgeschichte und das Bild jedes Einzelnen enthält und seine Bedeutung erläutert. Die hundert Vertreter der Industrie und des Handels, welche das Mahl veranstalteten, wurden, so meldet der Telegraph, vorangewiesen aussergewöhnlich als Muster dafür, wie einzelnen Persönlichkeiten mit ungewöhnlichen Fähigkeiten (zum Beispiel losen Geldmächten! Ann. v. Red.) in Amerika der Weg vom Nichts zu den höchsten Stellen offen steht. Der Präsident des Staates ist Schwab von Pittsburg bildet die erste Nummer in der Liste.

Das Festmahl, von dem die Presse natürlich ausgegessen war, soll eine viertel Million Dollar (1 Million Mark, also a Concert 10 000 M.) gekostet haben!

Nach einer Mitteilung des Architekten Eduard Wilmann in Kiel, der dem „New Yorker Herald“ (Pariser Ausgabe) erklärt, aus zuverlässigster Quelle geschöpft zu haben, soll Prinzessin Heinrich eine Aabelbeise auf ihren Gemahl gerichtet haben, in der sie diesen inländisch hat, er möge doch die ungeheuerliche Ausgabe für das Gastmahl, das die Millionäre New Yorks ihm zu Ehren geben wollen, nicht annehmen. Er solle doch seine Person im Zusammenhang mit einer so sinnlosen und schädlichen Geldverschwendung bringen!

Großgrundbesitz, Bund der Landwirte und Postaris.

Man schreibt uns:

Zu der von dem Bunde der Landwirte stets vorgeschlagenen Bauernfreundlichkeit, speziell der Behauptung, die höheren Getreidezölle würden nicht wegen der Großgrundbesitzer gefordert, liefert die Reuterpachtung des Hofgutes Uthpe in der Wetterau ein drastisches Beispiel.

Dieses dem Grafen zu Solms-Laubach gehörige 700 Morgen große Gut hatte der Deconom Füllberth seit 24 Jahren in Pacht und auf das beste bewirtschaftet.

Während unter den früheren Besitzern und besonders dem verstorbenen Grafen Friedrich zu Solms-Laubach die Güter zwar zu der höchstmöglichen Pachtsumme verpachtet wurden, sich die Pächter jedoch stets einer sehr humanen Behandlung zu erfreuen hatten, scheint diese Tradition unter dem jetzigen Grafen nicht beibehalten werden zu sollen.

Mit Führung der gräflichen Verwaltung ist nämlich seit kurzem ein Herr Schön, früher Staatsanwalt und Bezirksvorsteher des Bundes der Landwirte in Ostpreußen betraut, welcher im Schlosse zu Arnshurg residiert und von da aus täglich mit einer feiner Equipagen zur Rentkammer nach Laubach fährt, um hier in echt ostpreussischer Manier die Pachtverträge anzugehen.

Herr Schön, welcher auch heute noch Mitglied des Bundes der Landwirte ist, war erst an der Rentkammer des Fürsten zu Solms-Braunsfels ebenfalls als Kammerdirektor thätig und suchte auch da schon im vorigen Jahre bei Verpachtung eines Gutes, wegen der bevorstehenden höheren Getreidezölle zu erwartenden Mehreinnahmen, eine wesentlich höhere Pachtsumme herauszuschlagen, doch scheint man in Braunsfels eingesehen zu haben, dass sich die Thätigkeit und Schneidigkeit eines ostpreussischen Staatsanwalts mit der von jeder gelebten Loyalität der Braunsfelder Herrschaft gegen die Beamten und Pächter nicht verträgt, weshalb Herr Schön bald wieder von der Führung der fürstlichen Geschäfte als Kammerdirektor entbunden wurde.

Was in Braunsfels nicht gelang, scheint nun in Laubach vollbracht zu werden. Trotzdem die Herren vom Bunde der Landwirte behaupten, die höheren Getreidezölle sollten in erster Linie den mittleren und kleineren Landwirten zu gute kommen, fordert dessen früherer Bezirksvorsteher und Mitglied Schön mit Rücksicht auf die aus dem neuen Postaris für die Landwirtschaft sich ergebenden Mehreinnahmen eine Pächterhöhung von 4 M. pro Morgen, was bei einem jetzigen Pachtpreis von 18 M. ein Aufschlag von 22 Proz. bedeutet.

Der jetzige Pächter wollte auch, um seine Existenz nicht preisgeben, in den sauren Apfel beißen und 2 M. Pacht mehr, also 20 M. pro Morgen, zahlen.

Dieses teilte Herr Schön jedoch sofort den übrigen Reffektanten mit unter Hinweis darauf, dass sie, wenn sie eine Chance für die Pachtung haben wollten, jetzt mehr bieten müssten, wodurch es ihm gelang, einen andern Pächter zu finden, welcher 22 M. Pacht pro Morgen bot, bei Verschärfung der Pachtbedingungen, welche dem Pächter weitere Opfer auferlegten.

Diesem wurde denn auch ohne jegliche Rücksicht auf den jetzigen Pächter, der 24 Jahre für den Grafen gewirtschaftet und viele Verbesserungen auf dem Gute auf seine eignen Kosten vorgenommen, sofort der Zuschlag erteilt.

Dieser Pachtvertrag, welcher sich mit den übrigen Kosten auf 27 M. pro Morgen beläuft, wurde auf genanntem Gute noch nie gezahlt und steht in krassestem Widerspruch zu den steten Klagen des Bundes der Landwirte, dass die Landwirtschaft keine Erträge liefere.

Dies die Mittelstandspolitik des Bundes der Landwirte und seiner Anhänger.

Die „Konservative Korrespondenz“ ist mit der ihr vor einigen Tagen von uns zu teil gewordenen Abfertigung noch nicht zufrieden. Zwar läßt sie die peride Behauptung, unsere spanischen Genossen hätten die Arbeiter in Barcelona in den Generalstreik hineingezogen, um sie im Augenblick der Gefahr seine im Stich zu lassen, heute vollständig fallen. Natürlich läßt es aber ihren Redaktions-Gemüthen darum noch lange nicht ein, diese infame Verleumdung jetzt wenigstens zu revocieren. Vielmehr glauben sie heute einen besonders geistreichen Witz zu machen, wenn sie nunmehr den Spieß umdrehen und der Socialdemokratie ironische Lobs ihrer „staatsbehaltenden“ Stellungnahme wegen spenden, die bei der weit „arbeiterfreundlicheren“ Haltung der „Frank. Ztg.“ gegenüber den spanischen Unruhen doppelt angenehm auffalle.

Diese groteske Witzel der „Konserv. Korresp.“ verrät mir wieder die Ignoranz und Denkfähigkeit ihrer Hersteller.

Der Korrespondent der „Frank. Ztg.“ hebt — und zwar mit vollem Recht — hervor, dass zwar die Gewaltthaten der Arbeiter verurteilt werden müsse, dass aber die Gewaltthaten, die von den Machthabern begangen würden, noch viel schlimmer seien, weil man von den Regierenden eine Einsicht und Unsicht verlangen darf, die man von ungebildeten Arbeitern nicht erwarten kann.“ Eine Ansicht, die wir selbstverständlich vollkommen teilen, die aber andererseits unserer scharfen Verurteilung der anarcho-socialistischen Putschisten nicht im geringsten Abbruch thut. Einen Beitrag zur Charakteristik der Thätigkeit dieser Wirröpfe liefert unser heutiger Leitartikel.

Selbst wenn wir nicht aus moralischen Gründen Gegner der Gewalt wären, müssten wir im Falle der spanischen Unruhen schon aus Gründen des gesunden Menschenverstandes Gegner dieser thörichten Putschversuche sein. Und zwar gerade aus Arbeiterfreundlichkeit. Und so sehr unsere Sympathien trotz alledem den Arbeitern gehören und nicht den Unternehmern und ihrem Werkzeug, der Polizei und dem Militarismus, so triftige Verurteilung haben gerade wir als Kampfgenosser unserer gegen die Unheil stiftenden anarcho-socialistischen Elemente ankämpfenden spanischen Parteigenossen, die Sinnlosigkeit und Verwerflichkeit des Generallstreiks und des Putschsystems zu demonstrieren. Selbst auf die Gefahr hin, von elenden Scharfmachern heute der Anzettelung von Straßenkämpfen und morgen als staatsfeindliche Schlafschandrevolutionäre demüthigt zu werden.

Die Nicht-Ausnahme der China-Medaille strafbar! Vor kurzem kam im Reichstag zur Sprache, dass ein zu einer achtwöchentlichen Uebung eingezogener Oekonomie-Handwerker, Redmann aus Werne, vor das Landgericht zu Bielefeld unter der Anklage gestellt ist: durch die „Beantwortung der an ihn auf dem Hauptmeldeamt gerichteten Frage, warum er die China-Denkmalsteine nicht annehmen wolle, mit der Erklärung, seine Ueberzeugung als Socialdemokrat verbiete ihm das, sich des Vergehens gegen den Kriegsministerialerlass und Corpsbefehl, socialdemokratische Gesinnungen nicht zu betheiligen, schuldig gemacht zu haben. Die im ersten Termin vertagte Verhandlung hat am 24. d. M. mit Verurteilung des Angeklagten zu drei Tagen Mittelarrest geendet. Es mag auf sich beruhen, ob der Angeklagte zur Zeit der Beantwortung der Frage als unter Militärgesetzen stehend erachtet werden konnte. Das Urtheil ist absolut unhaltbar. Es wird sich bei der dritten Lesung des Urtheils herausstellen, ob das allerdings längst militärrechtlich geordnete Eintritte eines Corpsbefehls oder einen Kriegsministerial-Erlass billigt, der dahin ausgelegt wird, dass „entgegen dem Gesez, der Moral und der Religion“ ein Mann deshalb zu bestrafen ist, weil er die Wahrheit sagt.

Vom Posenkurs. Der verantwortliche Redacteur des „Oberschlesier“ Johann Kaminski, wurde wegen öffentlicher Verleumdung der königlichen Regierung und der Lehrer des Regierungsbereichs Posen, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels, mit der Ueberschrift „Die preussische Erziehungsanstalt“ von der Posener Strafkammer zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Soldatenschinder aus Ehrgeiz. Flensburg, 26. Februar. Wegen fortgesetzter Mißhandlung Untergeordneter im Dienste hatte sich gestern vor dem Kriegsgericht der 18. Division der Unteroffizier Erff von der 7. Compagnie des Regiments „Königin“ zu verantworten. Zur Verhandlung ist die ganze Korporalschaft des Angeklagten geladen, nur drei Mann waren von Mißhandlungen verschont geblieben. Am schlimmsten ist es dem Häuflein Anderen ergangen. Fast täglich, manchmal zwei- bis dreimal am Tage, ist er während der Instruktionstunde oder beim Exercieren von Erff mit Ohrfeigen und Faustschlägen traktiert worden. Einmal hat ihn der Angeklagte mit dem Gewehr gegen den Unterleib gestochen, daß er sich vor Schmerz zusammenkrümmte. Ein andres mal verletzte ihm E. einen so heftigen Schlag ins Gesicht, daß ihm das Blut aus dem Munde lief. Der Häuflein Hinrichsen ist ca. zwanzigmal in ähnlicher Weise mißtraktiert worden. Dem Häuflein Thielens waren infolge eines Faustschlags die Lippen angeschwollen. Ein andrer erhielt einen Faustschlag ins Gesicht, weil seine untere Gesichtshälfte aus der Front hervorlag. Sein Hauptmann stellt dem Angeklagten das Zeugnis aus, daß er ein tüchtiger Soldat sei und wahrscheinlich aus Ehrgeiz sich derartig vergangen habe. Auch sein Verteidiger, ein Oberleutnant, hat um milde Beurteilung, da der Angeklagte nur ein Opfer seines Ehrgeizes geworden sei. Das Gericht macht sich diese eigenartige Psychologie, die vielleicht vom Standpunkt des konsequenten Militarismus nicht so widersinnig ist, wie sie dem Civilmenschen erscheint, nur teilweise zu eigen. Es nimmt die Mißhandlungen für erwiesen an und erweist auf fünf Monate Gefängnis, nimmt aber von der beantragten Degradation Abstand, da der Angeklagte in der That ein Opfer seines Ehrgeizes geworden sei. Der Unteroffizier kommt also, wenn er seine Strafe verbüßt hat, weiter seinem „Ehrgeiz“ fröhnen.

Herr v. Köller und die Presse.

Aus Straßburg i. E. wird uns vom 26. November geschrieben: Es ist eine längst bekannte Erscheinung, daß reaktionäre Elemente vor der Presse, diesem modernen Zeitspiegel, und ihren Vertretern einen äußerst geringen Respekt haben. So auch Herr v. Köller. Gestern läßt er im hiesigen Landesauschuss das Bedürfnis, den Eindruck einer von uns schon erwähnten, an derselben Stelle gemachten Aeußerung zu corrigieren, die nach den einstimmigen Berichten der Tagespresse dahin gegangen war, die elosy-lothringische Arbeiterchaft möge es sich in der Zukunft abgewöhnen, Tag für Tag in den Kneipen zu liegen und dort ihren gesamten Verdienst zu verthun. Das amtliche Stenogramm hatte diese Mahnung an die gesamte Bevölkerung Elsas-Lothringens gerichtet und damit im ganzen Lande einen Sturm der Entrüstung entfacht. Gestern nun behauptete Herr v. Köller ein Mißverständnis seitens der Presse und verwahrte sich gegen die Unterstellung, als ob er nachträglich am amtlichen Stenogramm eine Aenderung vorgenommen habe. Dann fuhr er fort:

„Ich habe das Stenogramm gar nicht zu Gesicht bekommen, die Stenographen hier unten haben die Venerierung aber gehört und ausgezogen. Wenn die Vertreter der Presse auf der Tribüne es nicht gehört haben, so sollen sie sich andre Ohren anschaffen, damit sie die Reden richtig verstehen. Daß ich mich um die periden Angriffe der fetten Presse nicht im geringsten kümmere, ist selbstverständlich. Ich ignoriere dieselben vollständig.“

Dieser unerhörte Angriff geht nun doch selbst der sonst streng regierungstreu „Straßburger Post“ zu weit. Sie legt gegen die Beschimpfung der dort vertretenen Blätter energischen Protest ein.

Herr v. Köller scheint hinsichtlich der deutschen Journalisten nicht der Meinung des Kaisers über die amerikanischen Presseleute zu sein: daß sie beinahe als kommandierende Generale rangieren.

Ausland.

Die Militarisierung der Eisenbahner in Italien.

Das, was die Regierung angebrocht hatte, ist eingetreten, sie hat, um den drohenden Streik der Eisenbahner zu verhindern, das Gesez von 1898 in Anwendung gebracht, indem sie die Eisenbahner mobilisiert. Das königliche Decret ist bereits am 26. Februar, abends 8 Uhr in Kraft getreten. Bis zu diesem Termin mußten sich sämtliche Angestellte der Eisenbahnen, soweit sie der Reserve oder der Landwehr angehören, den Militärausschüssen ihres Districts melden. Die in Betracht kommenden Eisenbahn-Gesellschaften sind einzeln aufgeführt; ihre Zahl beträgt 13. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche sich zur Zeit auf Urlaub befinden, haben sofort an ihren Wohnort zurückzukehren; diejenigen Beamten, die sich auf der Reise befinden (Zugpersonal), haben sofort bei ihrer Ankunft an

dem Ort, wo sie stationiert sind, sich zu stellen. Die oben bezeichneten, ehemaligen Angehörigen des Heeres unterscheiden von dem oben bezeichneten Termin an den Militärgesetzen. Personen, welche ohne Erlaubnis ihren Dienst verlassen oder solche, welche ohne genügende Entschuldigung sich nicht stellen, machen sich des Vergehens der Desertation schuldig und werden auf Grund des Militär-Strafgesetzbuches bestraft.

Dieses Decret unterscheidet sich von dem des Jahres 1898 dadurch, daß es den auf diese Weise militarisirten Beamten außer ihrem Gehalt auch noch den vollen Sold zusichert. Die Ausgaben, welche der Staat dadurch auf sich nimmt, belaufen sich auf 60 000 Fr. täglich.

Mit diesem Schlag gegen das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter hat das „liberale Ministerium“ auch den letzten Rest von Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren. Der „Abanti“ sagt, es gäbe nur für die Eisenbahner nur zweierlei, entweder Streik oder Unterwerfung; er könne einen andern Rat nicht geben, als den, daß in einem Falle wie in dem andern die Eisenbahner die Disciplin und die Solidarität aufrecht erhalten müssen. Die Regierung greift das genannte Organ festig an. Wie in dem Turiner Streik die Regierung portetisch eingegriffen habe, so greife sie auch hier zu Gunsten der Kapitalisten und zum Schaden der Arbeiter ein.

Oesterreich-Ungarn.

Streik von künftigen Assistenten. Aus Lemberg wird gemeldet: An der internen Klinik des Universitätsprofessors Dr. Korczynski in Krakau streikten die Assistenten und Assistentinnen wegen Entlassung eines ihrer Kollegen.

Frankreich.

Die zweijährige Dienstzeit. Bei den Debatten über die zweijährige Dienstzeit, die in den letzten Tagen in der Deputiertenkammer gepflogen wurden, legte der Abgeordnete Bailant den socialistischen Standpunkt dar, und zwar durften in dieser Frage wohl alle Fraktionen der gleichen Meinung sein. Bailant trat für die alte, bekannte socialistische Forderung, Einführung des Militärsystems, ein. Er war sich natürlich nicht im Zweifel, daß die Zeit des Militarismus noch nicht vorbei sei, er weiß auch, daß selbst die einjährige Dienstzeit noch nicht zur Einführung gelangt wäre und betonte deswegen, daß er für die zweijährige Dienstzeit eintreten würde. Jours befand in der „Petite République“ sein volles Einverständnis mit der Rede Bailants; er kommt zu dem Schlusse, daß die zweijährige Dienstzeit eine weitere Stufe sei auf dem Wege zum Militärsystem. Die zweijährige Dienstzeit sei die äußerste Grenze, mit der sich das gegenwärtige Militärsystem noch vertheilte. Die Entwicklung dränge aber zu weiteren Einschränkungen und führe so zu dem von den Socialisten geforderten Militärsystem: militärische Ausbildung der Jugend, Waffenfähigkeit des ganzen Volkes.

Spanien.

Vergeßliche Opfer. Der republikanische Abgeordnete für Barcelona, Ferron, befragte in der Kammer den Minister des Innern über die Bedingungen, unter denen die Metallarbeiter von Barcelona die Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Minister antwortete, daß nach sicheren Informationen die Arbeiter den Reuestunden tag, um dessen Einführung willen sie in den Streik getreten, nicht erlangt hätten. Die Arbeitszeit in der Metallindustrie von Barcelona beträgt also nach wie vor 10 Stunden, die furchtbaren Opfer an Menschenleben sind vollkommen umsonst gewesen. Werden die Anarchisten bald begreifen, daß sie mit ihren Putsch und Revolten dem Militär nur Kanonenfutter liefern und den Reactionären willkommene Gelegenheiten bieten, ihre Gewalt- und arbeiterfeindliche Politik weiter zu treiben?

Rußland.

Finnland und das neue Wehrpflichtgesetz. Von April bis Mitte Juni sollen in Finnland die Musterungen der Wehrpflichtigen vorgenommen werden. Die hierbei thätigen Musterungskommissionen bestehen nach dem geltenden Gesez von 1878 außer aus den Militärpersonen und Ärzten aus je 3 Mitgliefern, die von den verschiedenen Kommunen des Landes gewählt werden. Diese Wahlen bereiten der Regierung nun aber große Schwierigkeiten. Finnland hat circa 500 Kommunen. In 285 hat man bis jetzt versucht, die Wahlen vorzunehmen, aber 193 davon haben sich geradezu geweigert, dem Verlangen nachzukommen; die übrigen haben wohl gewählt, jedoch ihre Gewählten nicht verpflichtet, die Wahl anzunehmen. Es ist das ein neuer Protest gegen die verfassungswidrige Aenderung des Wehrpflichtgesetzes. Unter den Gouverneuren soll Meinungsverschiedenheit darüber herrschen, inwiefern man durch Geldbussen die Wahlen erzwingen kann. Der Gouverneur von Kglund hat der Stadt Helsingfors eine Buße von 30 000 Finn. Mark auferlegt und auch die übrigen widerpenflichen Gemeinden seiner Provinz mit den entsprechenden Strafen bedacht.

Kirchenhäudung durch Jarenbüttel. Nach Meldungen Lemberger Blätter aus Russisch-Polen wurde die Ortschaft Borinik der dortige katholische Pfarrer während des Gottesdienstes in der Kirche von Gendarmen verhaftet. Die in der Kirche anwesenden Anbängigen widersetzten sich dieser Verhaftung. Es kam zu einem Kampfe mit den Gendarmen, die schließlich von der blanken Waffe Gebrauch machten, Zahlreiche Personen wurden verwundet. Die Ursache zu der Verhaftung des Pfarrers soll darin bestehen, daß dieser bei einer kürzlich abgehaltenen Feierlichkeit es unterlassen hat, das Gebet für den Jaren zu sprechen!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 27. Februar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung hat die Wahl eines Ausschusses von 15 Mitgliefern für den Antrag Anstalt wegen Aufhebung der Magistratsverwaltung bez. des § 616 W. G. stattgefunden. Dem Ausschuss gehören auch die Stadtverordneten Stadthagen, Heimann und Zubeil an.

Als Bürger-Deputierter in das Auditorium der Sparkasse wurde Hoek gewählt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die erste Lesung des Entwurfs des

Stadthaushalts-Etat und der Entwurfs der Etat der städtischen Werke für 1902.

Kämmerey-Rath: Der Etat ist diesmal recht haushälterisch, kein epochemachendes kommunales Ereignis ist darin vorgezehen, er geht einfach in dem alten Rahmen weiter und bringt kaum Neues. Ein neuer Specialetat ist das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus; ferner ist der Anstalt mit einer Stadtbibliothek gemacht und 20 000 Mark dafür gefordert worden. Die 1898er Anleihe kommt mit der ersten Amortisationsrate zur Einstellung. Für 1902 sind 381 000 M. Zinsen für das bei der Sparkasse aufgenommene Darlehen zum Ankauf der Eisenbahnen elektrischen Straßenbahnen als Ausgabe eingestellt, da der Oberpräsident auf endliche Regulierung der Angelegenheit drängt; gegenüber steht 293 000 M. Einnahme an Dividende für 5 Millionen. Das Darlehen wird in die neue von uns beabsichtigte Anleihe kommen, und dann werden wir die Sparkasse betriebligen. Der Kämmereyhauhalt schließt mit 112 839 112 M. in Einnahme und Ausgabe ab; wir brauchen 64 Millionen Steuerbetrag zur Deckung. Trotzdem das letzte Etatsjahr 1 1/2 Millionen Ueberschuß weniger gebracht hat, ist es doch noch möglich geworden, den Etat mit dem alten Verhältnis von 150 Proz. Realsteuern und 100 Proz. Einkommensteuer abzuschließen. Es ist auch nicht etwa irgendwo in den Einzel-Etats getraut worden, im Gegentheil. Die Abstreichungen zur Balanzierung sind bei den fakultativen Etats, hauptsächlich beim Tiefbau-Etat vorgenommen worden. Es handelt sich da unter anderem um die Verbreiterung der Burgstraße, der Universitätsstraße, der Rautenfelstraße u. Auch die

Katen der Hochbauverwaltung werden nicht kleiner; eine große Zahl neuer kostspieliger Bauten ist im Gange oder beschlossen. Bei einer neuen Anleihe wird in Erwägung zu nehmen sein, ob nicht einzelne dieser größeren Bauten trotz unserer früheren entgegenstehenden Beschlüsse aus der Anleihe zu befreien wären. (Zustimmung.) Der Staat würde und ohne Zurren nach unserer Vergangenheit, nachdem wir für die Verbreiterung der ganzen Gertrudenstraße 3 Millionen aus laufenden Mitteln bestritten haben, die Genehmigung geben. Wir haben ja nur 62 Millionen eigentliche Kammereinkünfte. Die letzte Anleihe ist bis auf 4 Millionen verbleibend. Die neue wird auch zur Befriedigung des dringenden Bedürfnisses der Erhöhung des Betriebsfonds bei den Hauptklassen verwendet werden müssen; die bisherigen Betriebsfonds von 4 Millionen, die seit 1874 nicht erhöht wurden, sind ganz ungenügend. Ich schreibe mit dem Wunsch, den jetzigen Etat wie die früheren wohlwollend zu prüfen. (Beifall.)

Stadtv. **Vorgmann** (Soz.): Der Etat ist uns in diesem Jahre trotz aller wiederholten Klagen und trotz unfres Verschleißes auf Verlegung zu Anfang Februar doch wieder erst Ende Februar ausgegangen. Es bleibt der Versammlung für die Prüfung dieses großen Wertes nur die Zeit weniger Sitzungen übrig. Unsere Klagen haben beim Magistrat nicht das gehörige Verständnis gefunden. Wird der Versammlung solche Prüfung in so kurzer Zeit angeschlossen, so wird es dahin kommen müssen, daß die Verabschiedung des Etats sich über den 1. April hinauschiebt. Endlich einmal sollte doch unsere Klage Erfolg haben, denn so viel Zeit wie wir zur gründlichen Durchberatung brauchen, muß uns der Magistrat gewähren. Bedauerlich ist das Fehlen einer Erläuterung zum Etat eines so großen Gemeinwesens im allgemeinen. Der regierende Oberbürgermeister soll uns nicht eine Thronrede halten; aber es sind doch in neuester Zeit viel bedeutsame Dinge vorgekommen, über die wir Aufklärung erhalten müßten. Da ist die Arbeitslosigkeit, auf die ich noch speziell zurückkomme. Es wäre interessant und unbedingt notwendig, daß der Magistrat uns sofort bei der Einbringung des Etats mitteilt, wie er dieser Misere entgegenzutreten gedenkt. Da ist ferner die Frage der Beschäftigung des Bürgermeisters, die im Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen auf der Tagesordnung gestanden hat. Nachdem wir die oberbürgermeisterliche Zeit hinter uns haben, können wir heute von einer bürgermeisterlichen Zeit sprechen. Der Bürgermeister ist auf Wartezeit gesetzt, und bald wird ein Witzblatt auch das Bild des Bürgermeisters bringen: „Ich kann warten.“ Der Landtag und die Regierung haben die Sache recht merkwürdig behandelt; es geben da Personen die Entscheidung, welche von dem großen Gemeinwesen Berlin keine Rechte vorbringen können. Auch der fähigste Landrat, der aus Obersachsen hierher versetzt wird, kommt doch mit der völligen Unbefähigung des Ununterrichteten hierher und soll dann Entscheidungen treffen über die Gestaltung der Verwaltung eines so ungeheuren kommunalen Körpers! Am da durchzugreifen, hätte der Oberbürgermeister einmal der Regierung einige Energie zeigen können und wenn es auch bloß halb so viel wäre, wie er sie uns gelegentlich zeigt. (Oho!) Es ist dem Magistrat überlassen worden, die freigebliedene Stelle kommissarisch aus dem Magistrat selbst zu besetzen. Herr Nitzsch ist von Herrn Kirschner die Stellvertretung übertragen worden, einem Mann, der uns nicht sieht und nicht hört. (Widerspruch.) Der Oberbürgermeister sollte den von uns gewählten, nicht beschäftigten Stadtrat Kaufmann mit der Stellvertretung betrauen. Ich will dahin gestellt sein lassen, ob der Oberbürgermeister diese Schärfe gegen die Regierung zur Anwendung bringen wird; meine Hoffnung ist sogar sehr schwach. Die Erläuterungen in den Spezialetat können solche allgemeine und prinzipielle Fragen nicht behandeln: es kommt auch besonders darauf an, wie die städtische Behörde in der Öffentlichkeit zu diesen Fragen Stellung nimmt. Wiederholt hat die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, 5000 M. zur Disposition des Vorstehers in den Etat einzufügen. Das geschieht auch jetzt nicht, weil der Magistrat keine bestimmte Verwendung dafür erkennen kann. Der Magistrat wahrlich eifersüchtig seine Rechte. Es könnte sich aber doch nur darum handeln, für gegebene Fälle diesen Fonds zur Verfügung zu haben. Die Entwidlung der Volksschule gibt uns zu lebhaften Klagen Anlaß. Wenn auch 17 Klagen für Volksschulbauten im Etat stehen, so genügt das dem Bedürfnis nicht; die Schulverwaltung hat dem gegenwärtigen Bedürfnis in keiner Weise Rechnung getragen. (Widerspruch.) Am 1. April muß wieder eine große Menge neuer Klassen errichtet werden, ohne daß dafür Schulen existieren, und zwar in längst der Bebauung erschlossenen Gegenden. In diesen dicht bevölkerten Distrikten werden wir trotz aller Neubauten die Mietschulen nie wieder los; unter dem System der Mietschulen leiden Schulen und Lehrer ganz außerordentlich und ebenso der ganze Schulbetrieb. In dem neuen Etat sind bloß vier neue einfache Schulen und eine Doppelschule vorgesehen, das ist bei weitem zu wenig. Was die Kosten betrifft, so könnte man ja dafür zum Beispiel die beinahe 1 Million für die Regulierung der Straße „Unter den Linden“ verwenden. (Oho!) und Zustimmung.) Die Frequenz der einzelnen Klassen ist ja weiter heruntergegangen, aber die Klagen über die Ueberfüllung verstimmt absolut nicht. In den untersten Klassen sind noch Frequenzen von 68 und 69 Kindern vorhanden, womit eine gute Durchbildung der Schüler ganz unvereinbar ist. In vielen Klassen reichen die Plätze für die der Klasse überwiesenen Kinder nicht aus, so daß man direkt von obdachlosen Schulkindern reden kann, und dazu kommen die fliegenden Klassen, deren Zahl keineswegs zurückgeht, sondern im kommenden Jahre wesentlich in die Höhe gehen wird, wenigstens in einzelnen Schulbezirken. Die bestehende Volksschule ist ja keineswegs unser Ideal; wir verlangen ja, daß jedes Kind der Gemeinde das Penium der Volksschule durchmachen muß, daß auch die Kinder der Besitzenden in die Volksschule hinein müssen, damit die Schule wirklich eine allgemeine Bildungstätte wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind jetzt ganze 4 Schulzüge vorgezogen. Dieses Tempo der Vermehrung ist so schnell, daß wir damit nicht einmal die österreichische Landwehr erreichen werden. Die Frage der Verwahrung muß doch längst gelöst sein. Wir halten für unerlässlich notwendig, eine andere Organisation, welche die hygienischen Angelegenheiten als oberste Instanz für die ganze Stadt zu leiten hat, wir müssen einen städtischen Medizinalrat als Mitglied des Magistrats schaffen, wenn es auch nicht anders gehen sollte, als durch Aneignung einer neuen Stadtratsstelle. Wir hatten schon im vorigen Jahre die Verwaltung aufgegeben, auf den städtischen Mietschulern die Mietschulverwaltung wieder einzuführen. Der Mietschulrat hat die Frage akut gemacht. Erst jetzt, kurz vor der Beratung des Etats, ist ein Ausschuss für diese Frage eingesetzt worden. Man merkt die Abzicht und man wird verstummen. Die Stadt hat die Verpflichtung dazu aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen, aber auch aus Rücksicht auf die Uebernahme des Kinderkontenbuches, für das eine gute Sänglingsmisch Haupterfordernis ist. Auf den Mietschulern läßt sich dieselbe unzweifelhaft gewinnen; die Frage der Rentabilität hat dabei zurückzutreten. Wiederholt haben wir größere Spezifikation der Arbeitslöhne in dem Etat verlangt; verschiedene Verwaltungen haben diesen Wunsch nicht entsprochen. Die Absicht zur Bilanzierung des Etats wird im Hoch- und Tiefbau-Etat erfolgt. Ich erbitte eine Nachweisung, was gestrichen worden ist. Im Tiefbau ist die Summe für die Straße „Unter den Linden“ sieben geblieben. (Oho!) Ich bedauere aufs tiefste, daß die Versammlung diese Regulierung beschlossen und damit ein Kompensationsobjekt aus der Hand gegeben hat, welches uns die Ueberführung der Straßenbahn hätte bringen müssen. (Munche bei der Mehrheit. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Art der Ausführung der städtischen Bauten, gegen das Submissionswesen sind neuerdings in der Versammlung die lebhaftesten Klagen laut geworden; da sollten wir doch endlich dazu übergehen, die städtischen Bauten in eigene Regie zu nehmen. (Oho! bei der Mehrheit.) Einst wird der Tag kommen, wo Sie diese Forderung mit uns erheben werden, und die Stadt wird dabei besser fahren als jetzt. Die Frage der Arbeitslosigkeit haben wir seiner Zeit durch eine Interpellation hier zur Erörterung gebracht. Was die Gewerkschaften ermittelt hatten, wollte Herr Fischer damals nicht allgemein gelten lassen. Später hat der Berliner Polizeipräsident

eine Umfrage vornehmen lassen und ist zu dem geradezu drohenden Resultat gekommen, daß eine übernormale Arbeitslosigkeit von 7500 Köpfen bestände! Wie konnte ein so hochstehendes Organ die tatsächlichen Verhältnisse so entstellen oder so ignorieren? Jetzt haben die Gewerkschaften eine Statistik aufgemacht, welche die Dinge ganz anders erscheinen läßt; es sind 63 000 ganz, 45 000 zum Teil Arbeitslose ermittelt. Gegen Sie an der Richtigkeit dieser Aufmachung Zweifel, so wollen Sie bedenken, daß es eine große Zahl solcher Arbeitsloser giebt, welche nicht entlassen sind, sondern vier oder sechs Wochen aussetzen, und diese alle sind nicht jenen Zahlen hinzugezählt. Gegenüber diesem schreienden Mißstand, für den ich Sie ja nicht verantwortlich mache (Stadtv. **Mommsen**): Das ist nett! Heiterkeit.) — in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges ist ja doch auch die Frequenz in unseren Arbeitshäusern zurückgegangen — erlaube ich den Magistrat aufs allerentschiedenste, ganz energisch Schritte zu unternehmen. Was hat er denn gethan? Die Dinge sind doch weit genug gediehen; von dem Magistrat aber hören und sehen wir nichts. Er muß sich endlich des Glücks dieser unverschuldeten Arbeitslosen annehmen! Es giebt ja noch Leute, welche meinen: Wenn wir auch alle eure Forderungen erfüllen, Ihr sagt ja doch nicht danke schön! Der Herr, der diese Worte geprägt hat, hätte seinerseits alle Ursache, dankbar zu sein. Ohne die gewaltige Aufklärungsarbeit der Socialdemokratie hätte wahrscheinlich der feige Klassenhaß einen ganz andren Boden in der Arbeiterbevölkerung gefunden. (Wärm und Zwischenrufe.) Wir haben mitgewirkt zum Schutz Ihrer eignen Freiheit; was wir erlangen haben, haben wir uns erkämpft, oder uns Rechte zurückerobert, die der Arbeiterklasse entzogen worden waren. Dafür sind wir niemand Dank schuldig. (Beifall und Fächeln.)

Oberbürgermeister **Kirschner**: In den Fehler des Vorredners, über die Socialdemokratie hier zu sprechen, werde ich nicht verfallen. Es würde sehr schwer sein, ein Urteil darüber zu fällen, wie weit Arbeitslosigkeit in Berlin besteht. Auch die neuesten Erhebungen geben ein sicheres Urteil nicht; eine Erhebung ohne amtliche Kontrolle ist keine sichere Unterlage. Immerhin sind diese Erhebungen nicht ohne Bedeutung, sie haben aber eine so große Arbeitslosigkeit nicht ergeben, wie angekündigt wurde. Wenn unter normalen Verhältnissen einige 40 000 sogenannt Arbeitslose vorhanden sind, so kommt für den jetzigen Winter ein so erschreckendes Resultat nicht heraus. Denn es sind vielfach auch Verklirungen der Arbeit um eine Stunde eingetreten, und dabei kann der Betreffende democh mehr als früher verdienen. Ich erkenne aber an, daß in gewissem Umfange infolge des wirtschaftlichen Niederganges eine Arbeitslosigkeit in Berlin besteht. Die städtische Verwaltung hat sich bemüht und wird sich bemühen, dem Uebel zu steuern, es werden die Bauten und sonstigen Arbeiten so viel als möglich beschleunigt ausgeführt und dazu bietet gerade auch der Etat bedeutende Gelegenheiten. Diese stille Thätigkeit ist die richtige. Die Bürgermeisterfrage wird mir nun auch noch angehängt. Ich bin nicht in der Lage, den vorgezeichneten Weg zu beschreiten; ich kann den Stadtrat Kaufmann nicht zum Stellvertreter bestellen, ich muß den ältesten Stadtrat damit betrauen nach den Gesetzen. Nachdem Herr Stadtrat Haack und Herr Hübner ablehnten, hat Herr Roigt dankenswerterweise die Vertretung übernommen und gerade ihm habe ich meinen Dank für seine Engigkeit und Sorgfalt auszusprechen. (Beifall.) Der verfassungswidrige Weg wäre auch der unpraktischste, wenn er zulässig wäre. In dem Augenblicke, wo ich so vorgebe, haben Sie den Staatskommissar hier. (Zurufe: Was schadet das? Der arme Aertl.)

Die 5000 M. Dispositionsfonds sind ja eine Lappalie, aber über eine rechtliche Ueberzeugung kann man sich doch nicht einfach hinwegsetzen. Ich habe keinen Dispositionsfonds; ich verfolge nicht über einen Krennig. Der Kammerei-Unterstützungsfonds steht zur Verfügung des Magistrats, er hat auch einen ganz bestimmten Zweck. Wünschen Sie einen solchen Fonds für den Vorsteher, so wird in dem Augenblicke, wo die Verwendungszwecke angegeben werden: Geschäftsbetriebsbedürfnisse, Repräsentationsbedürfnisse, Unterstützungsbedürfnisse, die Einstellung erfolgen; es hängt nur von Ihnen ab, den Zweck anzugeben. Den Etat früher herüber zu geben, wäre auch uns sehr erwünscht, aber die Aufstellung wird immer schwieriger, der Etat wächst immer höher, der Kammerei hat in den letzten Monaten mit Aufwendung aller Kräfte gearbeitet. Sie müssen die Verpätung schon entschuldigen, an unreinem guten Willen hat es nicht gefehlt. Ein Schulprojekt ist nicht gestrichen, um am Etat zu sparen; mit den Schulbauten wird aufs eifrigste fortgeschritten werden. Eine ganze Reihe von Klassen stehen leer, so schlimm, wie es der Vorredner darstellt, steht es mit der Klassennot also nicht. Mit den Schulärzten müssen noch weitere Erhebungen gesammelt werden. Den Stadt-Bezirksrat haben wir ja schon; mehr als der verehrte Mann, der dieses Amt jetzt wahrnimmt, und tagaus tagein so arbeitet wie ein beidoldeter Stadtrat, könnte er auch nicht leisten. Stadtv. **Gaffel** (W. L.): Dem Verlangen nach früherer Einbringung des Etats muß ich mich auch nach dem Gebotenen anschließen. Wir erkennen an, daß der Etat wieder die Bilanzierung mit 100 Proz. Einkommensteuer ermöglicht hat. Freilich haben die Steuern zu diesem Zwecke um 3 Millionen höher geschätzt, die Bauten um 3 Millionen gekürzt werden müssen. Den Nachweis darüber, was an Bauten zurückgestellt worden ist, hat ja der Kammerei schon größtenteils gegeben. In der Frage der Schulärzte stellt sich der Redner auf die Seite des Magistrats, in derjenigen des städtischen Medizinalrats aber auf die Seite Vorgmanns. In der Schulfrage werde der neue Lehrplan auf die Verminderung der Frequenz in den unteren Klassen stark einwirken. Zur Aufhebung der letzten Steuerstufe bietet die Finanzlage keine Entmutigung. Zum Schluß legt Redner gegen die Angriffe auf die Selbstverwaltung im Abgeordnetenhaus und besonders gegen den spöttischen Ton, in dem sich der Kommissar von Falkenhayn gefallen habe, Verwahrung ein, spricht den Socialdemokraten die Anerkennung aus, daß auch aus ihrer Mitte erwägenswerte Anregungen gekommen sind, und schließt mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, auch ferner das kostbare Gut der Selbstverwaltung möglichst aufrecht zu erhalten.

Stadtv. **Dr. Preuss** (W. L.): Die Finanzlage nicht so rosig an wie Vorgmann, tritt aber doch für die Aufhebung der untersten Kommunalsteuerstufe ein. Redner berührt dann eine Reihe von Anstellungen und Gehaltsfragen und spricht auch seinerseits die Hoffnung aus, daß die große Kabinettsfrage der Dispositionsfonds ihre endgültige Lösung jetzt finden wird. In der Bürgermeisterfrage sei durch die Landtagsverhandlung wenigstens zugegeben, daß § 33 der Städte-Ordnung „unglücklich gefaßt“ sei. Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Ich halte an meinem abweichenden Standpunkt in der Bürgermeisterfrage unbedingt fest; aber die Art, wie diese wichtige Frage im Landtage behandelt worden ist, hat auch mich diesmal mindestens mißfallen. (Hört! hört! Heiterkeit!) Im Befoldungs-Etat sind einzelne Gehaltsaufbesserungen enthalten, welche die Versammlung noch nicht beschließen hat. Diese müssen wieder aus dem Etat hinausgeworfen werden, da erst vor wenigen Jahren die Gehälter reguliert worden sind. Auch das Bureaupersonal soll in auffälliger Weise vermehrt werden. Durch bessere Kontrolle und andre Organisation könnte von dem vorhandenen Personal weit mehr Arbeitsleistung erlangt werden. An der konservativen Finanzpolitik der 100 Proz. muß die Versammlung festhalten. Im Etat sind an Arbeitslöhnen, teils zu Aufbesserungen, teils für neue Kräfte, über 1 Million Mark mehr ausgeworfen worden, das wird keine Wirkung auf die Arbeitslosigkeit nicht verschleppen. Oberbürgermeister **Kirschner**: Gehaltsaufbesserung tritt bloß bei den Oberstadtssekretären ein, das übrige sind keine Korrekturen nach der vor drei Jahren angenommenen Skala. Außerdem ist dem Wachstum der Verwaltungsgeschäfte Rechnung zu tragen. Stadtv. **Hugo Sachs** (W. L.): Die Grundgehälter der Beamten können nicht einfach durch den Etat ohne besondere Motivierung geändert werden. Daraus wird ein Schlußantrag angenommen. Stadtv. **Vorgmann** legt gegen die Darstellung, als ob er mit seiner Anregung betreffs des städtischen Medizinalrats irgend etwas gegen den Stadtrat Straßmann angesetzt oder im Sinne gehabt

hätte, Verwahrung ein. Im übrigen befaßt er sich die Erwiderung für die Spezialberatung vor. Die Versammlung beschließt die Verweisung des gesamten Etats an einen Etatsauschuss von 15 Mitgliedern, der sofort von der Versammlung durch Zuzug gewählt wird und dem auch die Stadtv. **Vorgmann**, **Bruno** und **Dr. Freudenberg** (Soz.) angehören. Das Verzeichnis der im Etatsjahr 1902 neu- bezw. um- zupflasternden Straßen und Plätze wird an einen besonderen Ausschuss verwiesen. Die übrigen Gegenstände werden vertagt, Schluß gegen 1/10 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 3. März cr., abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Frä. Helene Simon über: „Robert Owen“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Wöchnerinnenklub in Dänemark. In das neue dänische Fabrikgesetz ist bekanntlich eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach Fabrikarbeiterinnen in der vierwöchigen Schwangerschaft nach der Entbindung eine Unterstüzung aus öffentlichen Mitteln gewährt werden kann, die nicht als Armenunterstüzung angerechnet wird. Der „Dänische Frauenrat“ hat jetzt in Gemeinschaft mit 30 andren Organisationen an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, diese neue Bestimmung auch für andre unbedeutende Mütter einzuführen und einen dementsprechenden Zusatz zum Krankenlosgesetz zu beschließen. —

Versammlungen.

Schöneberg. Ueber den Zolltarif und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse sprach am Dienstag Genosse **Veibel** in einer überfüllten, von den Frauen Schönebergs einberufenen Versammlung im Obhischen Saale. Am Schluß des mit großem Beifall aufgenommenen, ziemlich zweistündigen Vortrages fand eine Resolution einstimmige Annahme, die sich mit den Ausführungen des Referenten in vollem Maße einverstanden erklärt und das deutsche Volk zur energischen Abwehr der Brotverteuerungspläne des Junkertums auffordert.

Waidmannslust. Am Sonntag tagte hier eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. **Jul. Koliski** sprach über: Unsere Aufgabe in der Gemeindeverwaltung. Der Redner wies auf die Mißstände hin, welche in Dalldorf und Vorkirchwalde herrschen, und forderte die anwesenden Gemeindegewählten auf, es sich zur Ehrenpflicht zu machen, die beiden Kandidaten **Kadam** und **Scharf** mit großer Majorität in das Ortsparlament zu schicken. Zur Diskussion sprachen noch einzelne Redner, welche die Ausführungen des Referenten vervollständigten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Der Boeren-Krieg.

Der Durchbruch der Blokhautlinie. Die Zahl der Boeren, welche am 23. d. M. durch die Blokhautlinie Frankfurt-Brede durchzubrechen versuchten, wird auf 600 bis 800 geschätzt. Sie fanden unter der Führung von **Alberts**, **Koß**, **zwei** **Polhas** und einigen Transvaalern. Den Hauptstoß hatten die **Reuseländer** auszuhalten, sie kämpften mit größter Tapferkeit und traten den Boeren erfolgreich entgegen, erlitten aber schwere Verluste. Zwei Offiziere und 18 Mann fielen, 5 Offiziere und 33 Mann wurden verwundet. Die Boeren ließen 15 tote und 6 Gefangene an dem Kampfsplatz. 70 Pferde wurden getötet und 100 unverwundete Pferde sowie 6000 Stück Vieh erbeutet.

Ueber die zweite englische Niederlage, bei der die Boeren einen — angeblich — leeren Convoi erbeuteten, trotzdem derselbe von 1 Bataillon, 3 Compagnien und 2 Geschützen eskortiert war, sind beziehungsweise noch keine weiteren Nachrichten eingelaufen. Die Schluppe muß eine überaus empfindliche gewesen sein!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgeordnetenhaus. **Wien**, 27. Februar. (W. L. V.) Bei dem Kapitel Beitragsleistung zu gemeinsamen Auslagen wies **Dassnig** (Socialist) dem Minister des Innern vor, daß er einer vollständigen Staatspolitik huldige. Redner ermahnt an die Ausweisungen österreichischer Arbeiter aus dem Deutschen Reich, sowie an die Vorfälle in Lemberg und fragt an, ob es wahr sei, daß der Minister des Innern in dieser Angelegenheit vor dem Vertreter einer fremden Macht eine Anbeuge gemacht habe. Der Ministerpräsident von Kärnten weist den Vorwurf zurück, als ob Oesterreich seinen Staatsangehörigen nicht jenen Schutz zu teil werden lasse, welches Angehörigen anderer Staaten in ähnlichen Fällen zu teil werde. In allen Fällen, in welchen von im Auslande lebenden Oesterreichern Beschwerden an die Regierung gelangt seien, oder in welchen irgend welche Vorfälle zu ihrer Kenntnis gelangt seien, welche ein Einschreiten erforderten, sei die Regierung stets in der entschiedensten Weise für ihre Staatsangehörigen eingetreten.

Deputiertenkammer. **Paris**, 27. Februar. (W. L. V.) Bei der fortgesetzten Beratung des Kriegsbudgets beantragte **Bailiant** die Aufhebung des Kapitels 38, welches die Militärgerichtsbarkeit betrifft. Die militärischen Gerichtshöfe bedeuteten die Herrschaft der Militär Gewalt über die Zivilgewalt. Im Laufe der Debatte kommt es zu Verleumdungen zwischen einigen Deputierten. **Chaurviere** nennt **Dupré** einen Spitzel aller Regierungen. **Dupré** erwidert: „Schweigen Sie, Röcher!“ Darauf ergeht **Bailiant** in eine Lobrede auf die Kommune. Derselbe habe **Paris** und Frankreich gegen die Reaktion verteidigt. Der Präsident erhebt dagegen Einspruch und erklärt, er werde nicht eine Lobrede auf den bedauernswertesten Auffstand dulden, den Frankreich je erlebt habe. Der Kriegsminister **André** verlangt die Aufrechterhaltung des Kapitels 38. Das Amendement **Bailiant** wird darauf mit 403 gegen 63 Stimmen verworfen. Nächste Sitzung morgen.

Frankfurt a. M., 27. Februar. (W. L. V.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus **Luzernburg**: Die Kammer nahm ohne Widerspruch das **Deutsches** nach deutschem Muster an. Der Staatsminister erklärte beläufig betreffs der Stellung **Luzernburgs** zur deutschen Schornsteinsteuer, daß **Luzernburg** diese Steuer ebenfalls einführen werde. Eine Steuerkontrolle, wie in Deutschland, sei hier überflüssig, doch werde die Regierung Maßnahmen treffen, um die deutschen Firmen gegen die Möglichkeit des unlauteren Wettbewerbs von hier aus zu schützen.

Madrid, 27. Februar. (W. L. V.) Infolge heftiger Regengüsse werden aus verschiedenen Teilen des Landes Ueberflutungen gemeldet. Auf der Eisenbahnlinie **Salamanca** wurde eine weite Strecke durch einen Bergbruch unfahrbar gemacht.

Barcelona, 27. Februar. (W. L. V.) In den Gefängnissen befinden sich 205 Personen, die von einem Militärgericht abgeurteilt werden sollen. Unter ihnen soll sich ein deutscher Anarchist **Ramens** **Der** **man** befinden.

Messina, 27. Februar. (W. L. V.) Der Appellationsgerichtsrat **De** **Veigi** wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet. Derselbe ist verdächtig, der **Morquise** **Calisto**, welche kürzlich wegen Testamentfälschung verhaftet wurde, beihilflich gewesen zu sein. Kufher dem **De** **Veigi** wurden noch ein Anwalt und 2 Priester in derselben Angelegenheit verhaftet.

London, 27. Februar. (W. L. V.) Unterhaus. **Chamberlain** teilt mit, **Lord** **Ridener**, der dabei auf eigene Autorität handelte, habe bereits die Uebergabe einzelner geringerer Boerenführer angenommen unter der Bedingung, daß sie nicht, wie sie es verweigert hätten, in die Verbanung geschickt werden sollten. Die englische Regierung habe hiergegen keinen Widerspruch erhoben.

Reichstag.

152. Sitzung vom Donnerstag, 27. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische niemand. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Saarbrücken (natl.) beantragt die Kommission auszusprechen, damit weitere Weisungen vorgekommen werden können.

Abg. Baffermann (natl.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Ablegung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung. Die Wahlprüfungs-Kommission hat den § 4 der Geschäftsordnung dadurch verletzt, daß sie Proteste berücksichtigt hat, die verspätet eingegangen waren. Es handelt sich um eine prinzipiell bedeutungsvolle Frage, und ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen. Im andern Fall würde ich die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln.

Abg. Singer (Soc.):

Herr Baffermann hat gewiß geschäftsordnungsmäßig das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, ich mache Sie aber doch darauf aufmerksam, daß es eine alte Gewohnheit des Hauses ist, Wahlprüfungen möglichst zu beschleunigen. Da es sich nun hier nur um weitere Weisungen handelt, so glaube ich doch, könnte Herr Baffermann seinen Widerspruch für heute zurückziehen. Wenn er die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt, so werden die Weisungen erheben auf unbestimmte Zeit vertagt, denn auf ein beschlußfähiges Haus wird er wohl in dieser Session lange warten können. Wenn er etwa glaubt, daß aus Anlaß der zweiten Lesung der Posttarif-Vorlage das Haus beschlußfähig sein würde, so weiß er ja so gut wie ich, daß heute der Zeitpunkt dieser zweiten Lesung wirklich nicht festgestellt werden kann. Uebrigens hat die Wahlprüfungs-Kommission häufig auch verspätet eingegangene Nachrichten mit in den Bereich ihrer Erwägungen gezogen. Schon im Interesse der Wähler dürfen wir die Wahlprüfungen nicht unnötig verschleppen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (L.): Die Mehrheit der Wahlprüfungs-Kommission war der Ansicht, daß in den verspätet eingegangenen Nachrichten nur Tatsachen enthalten waren, die sich auf Vorgänge im ursprünglichen Protest bezogen.

Abg. Baffermann (natl.): Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen. Die Beschlußfähigkeit des Reichstages herbeizuführen haben ja die Fraktionen in der Hand. Ich muß bei meinem Antrag bleiben.

Der Antrag Baffermann auf Ablegung des Gegenstandes von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. Baffermann (zur Geschäftsordnung): Ich bezweifle nunmehr die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präs. Graf Ballestrem: Ein solcher Zweifel ist nur zulässig, wenn eine Abstimmung bevorsteht, das ist jetzt nicht der Fall. (Heiterkeit.) — Wir kommen nunmehr zur Verhandlung über den ersten Punkt der Tagesordnung. — Der Herr Berichterstatter verzichtet. — Es meldet sich niemand zum Wort.

Abg. Baffermann (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf Ballestrem: Die Diskussion ist noch nicht geschlossen. (Große Heiterkeit.) ... Es meldet sich niemand weiter zum Wort. Die Diskussion ist geschlossen.

Abg. Baffermann (zur Geschäftsordnung): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Das Bureau ist einig, daß der Zweifel berechtigt ist; wir müssen daher unsere heutige Sitzung abbrechen.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten heute 2 Uhr 15 Minuten. (Tagesordnung: Petitionen.)

153. Sitzung vom Donnerstag, 27. Februar, 2 1/4 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsstische niemand. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Eine Petition der Handelskammer zu Wiesfeld betreffend Abänderung des Urfehdegesetzes beantragt die Kommission, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Wülfing (natl.) beantragt, diese Petition von der Tagesordnung abzuheben, da eine Novelle zum Urfehdegesetz innerhalb der Regierung in Vorbereitung sei. Hoffentlich werde diese Vorlage dem Reichstage bald vorgelegt werden.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) widerspricht diesem Antrag. Es sei schon oft vorgekommen, daß von der Regierung in Aussicht gestellte Vorlagen oft Monate, ja Jahre lang hätten auf sich warten lassen. Es sei daher angebracht, der Entschliessung der Regierung etwas nachzuhelfen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.), Dr. Dietel (L.) und Dr. Spahn (S.) stimmen dem Antrag Wülfing zu, während die Abgg. Dr. Vachnise (fr. Vg.), Singer (Soc.) und Dr. Erüger (fr. Vg.) ihm widersprechen.

Der Antrag Wülfing wird angenommen, die Petition also von der Tagesordnung abgehoben.

Eine Petition des Alois Delle in Glashausen wegen Bewilligung von Invalidenwohlthäten durch die weitere Gewährung der dem Petenten früher zugewilligten Unterstützung wird nach dem Kommissionsantrag für durch die Entschliessungen der zuständigen Behörde erledigt erklärt.

Eine Petition des Deutschen Droguistenverbandes wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der Droguisten, insbesondere Freigabe von unschädlichen Heilmitteln für den Droguistenkleinhandel, beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. v. Cabenloz (L.) spricht sich für den Kommissionsbeschluß aus und fragt an, ob die in Aussicht gestellte Verordnung bereits erlassen sei, wodurch die Verordnung vom 27. Januar 1890, durch welche die dem ausländischen Vertrieb in den Apotheken vorbehaltenen Arzneizubereitungen, Drogen und Gemischen Präparate festgesetzt sind, abgeändert und ergänzt wird.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß diese Verordnung bereits erlassen und im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht sei.

Abg. Naab (Antik.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung zu überweisen. Im Gegensatz zu dem privilegieren und in den Apotheken amern organisierten Stande der Apotheker seien die Droguenhändler durch die heutige Gesetzgebung vielfach benachteiligt. Sie dürften viele ganz harmlose Mittel nicht führen. Das erzeuge eine Umkehrung der Gewichte und eine unvermeidliche Korruption.

Das Haus beschloß gemäß dem Kommissionsantrag.

Eine Petition der Weberinnen zu Meerane (Sachsen) wegen Abänderung des Invalidenversicherungs-Gesetzes wird gemäß dem Beschluß der Kommission dem Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung in soweit abzuweisen, als sie die Uebertragung der Rente eines Rentenempfängers an dessen Witwe erstrebt. Im übrigen wird sie durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Weiterhin geht das Haus zur Tagesordnung über über eine Petition, betr. die Einführung des Beschränkungs nach weise für Kaufleute.

Als Material wird dem Reichskanzler überwie sen eine Petition, betr. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes.

Eine Petition des Bundes deutscher Gastwirte zu Leipzig, betr. Abänderung des § 865 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs, wird dem Reichskanzler als Material überwie sen.

Eine Petition, betr. Abänderung des Viehschlaggesetzes, wird dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung überwie sen.

Ueber 20 Petitionen, betr. Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Kriege, beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Sasse (natl.):

Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß trotz der hanger Abmachungen die europäischen Großmächte auf eine Intervention im südafrikanischen Kriege verzichteten. Aber es könnte doch vielleicht wenigstens dafür gesorgt werden, daß die Engländer den Werken der Barmherzigkeit und Wohlthätigkeit keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Im Abgeordnetenhaus ist nun mitgeteilt worden, daß die Engländer es abgelehnt haben, einer vom deutschen Boeren-Hilfsbund geplanten Sanitäts-Expedition für die Boeren freies Geleit zu gewähren. Es war eine beschämende Feststellung, daß es einer Großmacht wie Deutschland nicht gelungen ist, auf dem Weg der friedlichen Verständigung mit einer befreundeten Großmacht diese eigentlich selbstverständliche Konzession zu erreichen. Ich wundere mich auch über das Verhalten der Organisation des Roten Kreuzes. Dieses hat in dem Augenblick, wo England nominell den Krieg für beendet erklärte, seine Ambulanzen aus Südafrika zurückgezogen. Das ist ein Verstoß gegen die Verpflichtungen des Roten Kreuzes; dieses hat sich nicht darum zu kümmern, wie der Wind in der Wilhelmstraße weht. England scheint sich zu schämen, der Welt einen Einblick in die traurigen, skandalösen Verhältnisse der Konzentrationslager zu gestatten. Daher seine Ablehnung der deutschen Sanitäts-Expedition.

Abg. Werner (Antik.): Ich bedauere ebenfalls, daß eine Großmacht wie Deutschland nicht ihren Einfluß ausüben kann, um der englischen Kriegsführung in Südafrika ein Ende zu bereiten. Die Neutralität Deutschlands gegenüber den Boeren ist mehr als einmal verletzt worden; ich erinnere nur an die Pferde-Anläufe in Westpreußen, gegen die die preussische Regierung nicht eingeschritten ist. Hoffentlich werden die Boeren ohne Hilfe anderer Völker schließlich den Sieg erringen. England aber möge für seine Missethaten die gebührende Strafe erhalten.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) beantragt, die Petitionen, die doch ein beachtenswertes Symptom der Volksstimmung seien, dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die Art der Kriegsführung gegen die Boeren sei beschämend für das große christliche England, das selbst die Hilfeleistungen der Humanität und die Entsendung von Ärzten auf den Kriegsschauplatz zurückweise.

Abg. Schrempf (L.) spricht sich für den Antrag Arendt aus. Auf der rechten Seite des Hauses herrscht volle Sympathie für die Boeren.

Abg. Spahn (L.) bittet dringend, es bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen.

Der Antrag Arendt auf Ueberweisung der Petition als Material wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums angenommen.

Eine Petition betreffend Erlaß eines Verbots der Veranstaltung öffentlicher Theater-Vorstellungen von Vereinen wird gemäß dem Kommissionsbeschluß durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Für erledigt erklärt wird eine Petition betreffend Einführung einer deutschen Reichs-Orthographie.

Eine Petition des Chefredacteurs O. Toppel in Schweidnitz, die Einrichtung einer amtlichen Stelle für die telegraphische Uebermittlung von amtlichen Ausgebungen in Erwägung zu ziehen, wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwie sen.

Eine weitere Petition, betreffend Abänderung der Konkursordnung, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; ebenso eine Petition, betreffend Verminderung von Wanderverlasten.

Eine Petition der Handelskammer zu Reutlingen, betreffend Einführung des Post-Chefverfahrens, beantragt die Kommission (Referent: Abg. Ledebour) dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Dr. Dieber (natl.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Es hätten sich der Petition noch weitere württembergische Handelskammern sowie viele Gewerbetreibende in Süddeutschland angeschlossen.

Abg. Dr. Vachnise (L.): Der Wunsch nach Einführung des Post-Chefverfahrens ist allgemein, der Reichstag sollte also der Postverwaltung Mut machen, die Sache wieder aufzunehmen. Das will auch der Beschluß der Kommission, und ich sehe keinen Grund ein, von diesem Beschluß abzugeben.

Das Haus beschloß gemäß dem Antrage der Kommission.

Eine Petition betr. den Bau eines Postdienstgebäudes in Apolda beantragt die Kommission, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Vaudert (Soc.) befürwortet einen Antrag, die Petition zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Der Antrag Vaudert wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Eine Petition betreffend anderweitige Regelung der Oberlehrer-Gehälter in Elsaß-Lothringen beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Abg. Sasse (natl.) wünscht eine Erklärung der Regierung, daß diese Erhöhung der Gehälter nicht dadurch kompensiert werden würde, daß man eine Anzahl Lehranstalten einzöge.

Wundbesenmächttiger für Elsaß-Lothringen v. Salley giebt die gewünschte Erklärung ab.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine weitere Petition betr. Erlaß eines Verbots der Herstellung von Phosphorhändlern beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Wurm (Soc.): Meine Freunde wünschen diese Petition nicht als Material, sondern zur Verächtlichmachung zu überweisen; wir stellen aber bei dieser Gelegenheit keinen besonderen Antrag, da die Materie bei Gelegenheit eines Initiativantrags, den wir eingebracht haben, ausführlich debattiert werden wird. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn die Regierung uns etwas mehr Material an die Hand gäbe. Die letzte Verhandlung der Petition hat im März vorigen Jahres stattgefunden, und seitdem haben sich die Verhältnisse doch verändert. Die Schweiz und die Niederlande haben bereits das Verbot der Verwendung weißen Phosphors ausgesprochen. Die kleine Säuholz-Industrie Thüringens würde durch ein solches Verbot nicht ruiniert werden, wenn die Regierung nach einem bestimmten Plan vorginge. Durch genossenschaftliche Organisation mit Staatshilfe könnte der in Betracht kommenden Industrie wohl geholfen werden.

Geheimrat Dr. Sprenger: Ich kann nur erklären, daß die Regierung die Sache im Auge behalten hat, weitere Mitteilungen zu machen bin ich zur Zeit nicht in der Lage.

Der Antrag der Kommission, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen, wird hierauf angenommen.

Eine Petition betr. Aufhebung des Impfgesetzes beantragt die Kommission, als Material zu überweisen.

Abg. Thiele (Soc.): Der Impfschutz ist wissenschaftlich nicht begründet. Auch ärztliche Autoritäten, wie Prof. Koch, haben sich dagegen ausgesprochen. Das Impfgesetz ist zu stande gekommen unter dem Einfluß der Furcht vor großen Epidemien. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist die Opposition gegen den Impfschutz niemals verstimmt. In zahlreichen Fällen ist die Uebertragung

von Krankheiten durch die Impfung nachgewiesen. Die Lympho ist ein ekelhaftes Eitergift des Thiers. Es handelt sich hier nicht um den Gegensatz zwischen Wissenschaft und Talentum, sondern einfach um das Urtheil des gesunden Menschenverstandes. Wenn die Impfung wirklich schütz — nun gut, so mag man mir die impfen, die grimpst sein wollen. Die Zwangsimpfung ist ein ungeheurer Eingriff in die persönliche Freiheit, beruhend auf einem medizinischen Aberglauben. Die Regierung aber thut nichts in dieser Angelegenheit, trotzdem der Reichstag ihr Jahr für Jahr Petitionen gegen den Impfschutz als Material überwie sen hat. Wenn alle Impffreunde, die im Reichstag sitzen, gezwungen würden, sich impfen zu lassen, würden sie gewiß sofort zu Impfgegnern werden. Wir beantragen, die Petition zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Abg. Dr. Endemann (natl.): Eine solche Impfung hätte nur dann Zweck, wenn wir eine Blatterepidemie hätten im Reichstage. Sollte eine solche einmal ausbrechen, so würde ich dafür sorgen, daß wie alle uns wohl impfen lassen. Ich bin ein Freund der Zwangsimpfung. Bei der Gewinnung der Lympho werden die größten Vorsichtsmaßregeln beobachtet, dabei kann nichts passieren. Freilich giebt es auch unter den Ärzten Impfgegner, aber die Behauptung, daß Prof. Koch dazu gehöre, ist mir ganz neu. Wozu ist die Wissenschaft denn eigentlich da, wenn in solchen Fragen der Joganante „gesunde Menschenverstand“ entscheidend soll? Die Arbeiten des Reichs-Gesundheitsamts auf diesem Gebiete sind durchaus überzeugend. Von einer Uebertragung von Syphilis, Tuberkulose usw. durch die Impfung kann keine Rede mehr sein; es wird heutzutage nur Kälberlympho verwendet.

Abg. Reichhaus (Soc.): Die Impfung soll doch eine Vorbeugung gegenüber den Blattern bezwecken; man dürfte also die Impfung nicht, wie Dr. Endemann es will, erst dann vornehmen, wenn eine Epidemie bereits ausgebrochen ist. Professor Robert Koch hat vor mehreren Jahren gelegentlich einer Impfpetition hier im Reichstage erklärt, daß der Impfschutz nur zehn Jahre vorhalten sollte. Die Herren hier im Reichstage, die beim Militär zum letztenmal geimpft sind, würden also nicht mehr geschützt sein. Die Arbeiten des Reichs-Gesundheitsamts zur Impfschutz sind nicht als gewissenhaft zu bezeichnen. Heutzutage werden Kinder, mögen die Eltern wollen oder nicht, zwangsweise aus der Schule geholt, um geimpft zu werden. Das widerspricht den Tendenzen des Impfgesetzes, worin für die Verweigerung der Impfung eine verhältnismäßig geringe Geldstrafe festgesetzt war, durch die man sich gewissermaßen von der Impfung sollte freikaufen können.

Geheimrat Bismarck: Im Jahre 1899 hat sich eine Kommission von Sachverständigen im Reichs-Gesundheitsamt mit der Sache beschäftigt und hat neue Vorschläge zur Verminderung von Impfschäden gemacht. Die überwie gende Mehrzahl der Sachverständigen ist auch heute noch der Ueberzeugung, daß der Impfschutz notwendig ist. Auch Professor Koch ist der Ansicht, daß wenn auch nach zehn Jahren der Impfschutz erloschen ist, doch immerhin der Verlauf der Krankheit ein viel weniger schädlicher bei geimpften als bei nicht geimpften Personen ist. Die Gefahr der Uebertragung von Syphilis durch Lympho ist heutzutage ganz ausgeschlossen, weil nur die Lympho von Kälbern benutzt wird, die benanntlich gegen Syphilis immun sind. Wenn durch das Unterbleiben der Impfung nur der Einzelne geschädigt würde, könnte man ja darüber reden, aber es wird auch seine Umgebung gefährdet, und daher muß im Interesse des Gemeinwohls der Impfschutz beibehalten werden.

Abg. Thiele (Soc.): Die große Masse des Volkes will nichts von der Impfung wissen. Herr Dr. Endemann bezieht sich auf die Wissenschaft; aber auch hervorragende Vertreter der Wissenschaft sind Impfgegner. Die Furcht, die jetzt geübt werden mag, ist nur dem Drängen der Impfgegner zuzuschreiben; erst ihre Opposition hat bewirkt, daß heute keine Menschenlympho mehr verwendet wird.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Reichhaus (Soc.) und des Geheimrats Bismarck wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. Werner, Dr. Dietel und Schrempf abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Eine Petition betr. Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechtes wird auf Antrag des Abg. Watterdorf (L.) von der Tagesordnung abgehoben.

Eine Petition betr. Unterstreichung der Entschädigungsansprüche der aus Transvaal ausgewiesenen Reichsangehörigen beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Das Haus beschloß demgemäß.

Weiter beantragt die Kommission, Petitionen betr. Einführung der Strafe der körperlichen Züchtigung durch frühere Beschlässe des Reichstags für erledigt zu erklären. Auch hier tritt das Haus ohne Debatte dem Kommissionsbeschluß bei.

Eine Petition der Handelskammer zu Minden betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, soweit sie Ausscheidung der Lohnzahlungs-Bücher aus der Gewerbe-Ordnung verlangt. Soweit die Petition Erleichterung der Führung der Lohnzahlungs-Bücher verlangt, wird sie dem Reichskanzler als Material überwie sen. Als Material überwie sen wird auch eine Petition betreffend Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Polizeibeamten.

Mehrere Petitionen betreffend Vereinfachung von Verhältnissen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage werden dem Reichskanzler ebenfalls als Material überwie sen. Desgleichen eine Petition betr. die Sonntagsruhe in den Schaustätten. Zur Erwägung wird überwie sen eine Petition betr. Einführung des Rembour-Geschäftsschlusses für die Apotheken.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Etat der Reichs-Eisenbahnen, der Bälle und der Juckerseier in zweiter Lesung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kolonialetat.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Kolonialetat. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden Proben einer **Ren-Guinea-Cigarre** im Werte von 25 Pfg. herangestellt. Die Prüfung des Tabaks wurde sofort vorgenommen. Die gleichzeitig überreichte **Kamerun-Schokolade** soll den besseren Hälften der Kommissionsmitglieder zur Begutachtung übergeben werden.

Die Beratung beginnt bei der Forderung von 1 550 000 Mark als erste Rate für den Bahnbau Tanga-Buherer-Morogwe bis Rombo. Kolonialdirektor Dr. Stübel schilderte die günstigen Aussichten, die die Landschaft Lambara, die durch die Bahn erschlossen werden sollte, in wirtschaftlicher Beziehung bietet. Insbesondere lasse die Kaffeekultur gute Ergebnisse erhoffen.

Plantagenbesitzer **H. Wisnahl** aus Lambara berichtet über seine eigene Kaffeeplantage. Nach sechsjährigem Betriebe erhalte sie sich jetzt selbst.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Kolonialverwaltung denke nicht daran, die Bahn über Rombo hinaus weiter zu bauen.

Abg. Richter (fr. Vg.) hebt hervor, daß es Herr Wisnahl für unbedingt erforderlich erklärt habe, die Bahn über Rombo bis zum Küstendamm weiter zu bauen. Auch die amtliche Denkschrift stehe im Widerspruch mit der heutigen Erklärung des Kolonialdirektors. Die wenig rentabel afrikanische Bahnen seien, bewisse der Ueber-schuh von 30 Pfg. der bisherigen Bahnstrecke.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Betriebskosten liegen sich heute noch nicht schätzen.

Abg. Richter: Es sei ein sonderbarer Irrthum der amtlichen Begründung, daß das Lambaragebirge von den Beamten zu Urlaubs-

Verfassungen.

Der Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch eine gut besuchte Versammlung im 'Rädischen Hof' ab. Trotz der bekannten Erklärung des Ministers des Innern...

die Magister Genossen vergeblich dafür, eine Versammlung abhalten zu können. Alle Versammlungen werden verboten. Anfänglich berief sich die Polizeiverwaltung auf 'haupolizeiliche Gründe'...

Der Generalkrat der belgischen sozialistischen Partei beschloß, die Agitation für das Frauenstimmrecht einzustellen. Die endgültige Entscheidung hat allerdings der Parteikonferenz...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Verurteilung des Redakteurs Leimpecker von der 'Deutschen Bergarbeiter-Zeitung' zu zwei Monaten Gefängnis, die wie schon berichtet, ist darauf zurückzuführen, daß vor Gericht seine sämtlichen Entlassungszeugen ausblieben...

Am günstigsten für den Angeklagten sagte noch der von den Anklägern geladene Sachverständige, der Bergart Kommer aus...

Wegen Verleumdung des Fesselsprengers Houbini wurde Genosse Weerfeld, Redakteur der 'Meinischen Zeitung' in...

Sociales.

Die Rechtslage der Arbeitsekretariate. Unsere Interpellation über die Behandlung der Arbeitsekretariate hat bereits praktische Folgen erzielt. Gegen den Genossen Dr. Winter in Weuthe schweben noch zwei Strafsachen...

Der Staatsanwalt beantragte infolge der ihm gewordenen Anweisung selbst die Freisprechung. Das Gericht konnte sich dazu noch nicht ohne weiteres entschließen. Es verurteilte die Sache und will auf Grund der Reichstagsakten die Entstehungsgeschichte des § 33 der Gewerbe-Ordnung prüfen.

Das Proportional-Wahlssystem für das Gewerbegericht ist in Frankfurt a. M. von den Stadtverordneten beschlossen worden. Der Beschluß entspricht einem Magistratsantrage. In der Kommission...

Eine Zählung der Arbeitslosen veranstaltete das Gewerkschaftsamt in Stettin am 6. Februar. Danach waren 1800 Arbeitslose vorhanden, von denen 1037 verheiratet waren und 2250 Kinder unter 14 Jahren hatten.

Der internationale Kongress für Unfallversicherung wird in der Zeit vom 17. bis 24. Juni in Düsseldorf abgehalten werden.

Arbeiterlöhne in Amerika.

Der Jahresbericht der Bureau für Arbeitsstatistik im Staate New York macht Angaben über die Tagelöhne der Arbeiter in einer Reihe von Gewerbegruppen für die letzten drei Jahre. Danach verdienen die Arbeiter in folgenden Gewerben:

Table with 4 columns: Gewerbe, 1899, 1900, 1901. Rows include Bauwerke, Metallindustrie, Metall- und Schiffbau, Transportwesen, Druckereien, Tabak, Lebensmittel, Theater und Musik, Holzarbeit, Restaurants und Clerks, Dessenartige Arbeiten, Verschiedenes.

zweiden werde aufgeführt werden. Nach früheren amtlichen Angaben gehe die Bahn durch eine ganz ungesunde Gegend; Rombo werde direkt als Nester bezeichnet.

Herr Wisnahl glaubt, daß die Bahn für die Plantagen keinen Zweck habe, wenn das Kolonialamt nicht beabsichtigt, sie bis zum Klimadistrikt weiter zu bauen.

Kolonialdirektor Dr. Stübli: Eine Gebirgsbahn, wie sie Herr Wisnahl wünscht, sei viel zu teuer.

Abg. Deming (L.) bedauert, daß so wenig Klarheit über die einschläglichen Verhältnisse zu gewinnen sei. Der Sachverständige Wisnahl habe eine ganz andre Auffassung über die Trace als die Kolonialverwaltung.

Abg. Dr. Wachen (C.): Aus welchen Mitteln sollen die Kosten gedeckt werden? Sollen die zur Zeit notleidenden Einzelstaaten mit Ausgaben belastet werden, die doch jedenfalls nicht dringender sind? Wir sind doch aus der Mitterwoche der Kolonialpolitik heraus zu müssen endlich anfangen zu rechnen.

Die weitere Beratung wird auf Freitag vertagt.

Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstages

Am Mittwochabend ihre Beratungen über die Frage der Neuveranlagung zum Kontingent (§ 2c) fort und verhandelte zunächst über einen Unterantrag des Abg. Holz (Rp.) zum Antrag Dietrich, welcher bezweckt, die im Jahre 1887 am Kontingent beteiligten Kartoffelbrennereien, sofern sie nicht bereits anderweitig neu kontingentiert worden sind, aus den ersten bereiten Beständen auf das Normalverhältnis zwischen Produktion und Kontingent, in den norddeutschen Kartoffelbrennereien 100:71, in verhältnismäßig gleicher Steigerung zu bringen.

Schließlich zieht Abg. Holz seinen Antrag zurück.

Demnach liegt ein Antrag Dietrich (L.) vor, der die Einschränkung der Regierungsvorlage beseitigen will. Die auf Grund der Vorschriften in Rechnung zu stellenden Alkoholmengen dürfen im Fall einer Neubestellung am Kontingent oder einer Kontingentherabsetzung von der am 1. Oktober 1908 beginnenden Verteilungsperiode ab für landwirtschaftliche Brennereien 50000 Liter nicht übersteigen.

Abg. Müller-Julda (C.) erhebt Widerspruch dagegen, daß die Materialbrennereien noch weiter beschränkt werden sollen, als nach den Beschlüssen des Reichstages in der dritten Lesung.

Ueber die Frage, ob dies zulässig sei oder nicht, entspinnt sich zwischen den Abg. Camp, Pachnide, Dietrich, Wurm, Dr. Müller-Sagan und Dr. Paasche eine längere Gedächtnis- und Ordnungs-Debatte, in der sich die Vertreter der Linken dem Protest des Abg. Müller-Julda dagegen anschließen, daß eine in dritter Lesung endgültig erledigte Frage nochmals in der Kommission aufgerollt und anders, als im Plenum gefolgt, geregelt werde.

Als die Kommission dazu übergehen will, über einen Antrag des Abg. Dr. Paasche (natl.) zu verhandeln, der den Melassebrennereien, die vor dem Jahre 1885 in Betrieb waren, ein festes Kontingent von insgesamt 10 Millionen Liter reinen Alkohols unter gewissen Modalitäten überweisen will, erklärt der Antragsteller, ihn sei eine anonyme Druckschrift in die Hand gekommen, die zur Verlesung an die Mitglieder der Kommission bestimmt gewesen sei.

Der Vorsitzende erklärt im Namen der Kommission, daß sie sich dem Proteste Paasches anschließen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.) findet es sachlich verfehlt, daß ein Abgeordneter sich durch persönliche Injektiven verhindern lasse, eine Auffassung zu vertreten, die er für gerechtfertigt erachte.

Darauf erklärt Abg. Paasche, den Antrag wieder aufnehmen zu wollen.

Die Kommission vertagt sich auf Donnerstagabend.

Partei-Nachrichten.

Das Versammlungsrecht in Ostpreußen.

Das Versammlungsrecht hat für die meisten ostpreussischen Arbeiter bisher nur auf dem Papier gefunden, da nirgends die Sozialabtreiber in solcher Wästel sitzen, wie in Ostpreußen. In einigen Orten haben sich die Arbeiter daher wohl oder übel unter verhältnismäßig bedeutenden Opfern eigene Versammlungsräume schaffen müssen.

Von verschiedenen Rednern wurden mehrere Einzelheiten über die Verpflegung, Bekleidung und über die Schlafräume des Personals mitgeteilt, die allerdings die Behauptungen des Referenten nach dem vieles übertrafen. Unter anderem wurde behauptet, daß die bekannte Verfügung des Magistrats, nach welcher das Pflegerpersonal der Gefängnisse unterstellt wird, noch vor einem Jahre unterworfen werden mußte und die Angaben des Magistrats, daß sie seit fast zwei Jahren aufgehoben sei, nicht zutrafen. Von der Aufhebung hätten die Angehörigen teilweise überhaupt erst nach der betreffenden Stadtverordneten-Versammlung Kenntnis erhalten. An stelle der Gefängnis-Ordnung sei übrigens eine Handlungsordnung getreten, die sich von einer Gefängnisordnung wenig unterscheidet. Im weiteren wurde bemängelt, daß das Pflegerpersonal nicht mal der Unfallversicherung unterstellt ist und trotz der geforderten Tätigkeit keinerlei gesetzlichen Schutz genießt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammelten ihre Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten ausdrückten. Die Resolution soll auch dem Magistrat zur Kenntnisnahme übermittelt werden.

In der humanistischen Gemeinde, Niederkirchstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vorm. 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Pengli den fünften Vortrag des Cullus: Bilder aus der Religionsgeschichte: Menschenergebenheit. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Socialdemokratischer Verein für den Reichstags-Wahlkreis Galan-Landau tagt Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, bei Karl Fischer, Waldstr. 8.

Geriichts-Beilage.

Das Ende einer unglücklichen Ehe bildete die Verhandlung wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, welche gestern die Richter-Wittwe Louise Friedrich vor das Schwurgericht des Landgerichts II führte. Die jetzt 27jährige Angeklagte war seit dem Jahre 1893 mit dem Fischer Friedrich verheiratet. Sie hatten eine kleine Wohnung im Hause Sedanstraße 87 zu Neu-Weihensee inne. In den ersten Jahren war das Familienleben ein leidliches, dann ergab der Ehemann sich aber dem Trunk, wurde heftig und vernachlässigte die Seinen. Im letzten Jahre überließ er es lediglich seiner Ehefrau, für den Unterhalt der ganzen Familie durch ihre Hände Arbeit zu sorgen. Natürlich kamen sie in ihren Verhältnissen immer mehr zurück, ein Stück der Wirtschaft nach dem anderen wanderte ins Pfandhaus. Im Sommer vorigen Jahres waren sie mit der Piele rüchständig und mußten befürchten, obdachlos zu werden. Am Vormittag des 28. Juli vorigen Jahres kam es zwischen dem Ehepaar zu einem wüsten Austritt. Der Ehemann war wieder betrunken, es gelüftete ihn, noch mehr Schnaps zu trinken und in ungehörter Weise verlangte er von seiner Ehefrau, die in der Küche mit Nahrung beschäftigt war, Geld. Die Bedauernde

werte erwiderte, daß sie außer Stande sei, ihm Geld zu geben, worauf ihr Ehemann so wütend wurde, daß er ein Beil ergriff, es über ihrem Haupte schwingend und damit drohte, sie totzuschlagen. Er wandte sich aber zur Seite, ohne seine Drohung auszuführen. In diesem Augenblick ergriff die Angeklagte einen Topf mit kochendem Wasser, der neben ihr auf dem Herd stand, und schüttete den ganzen Inhalt über den Körper ihres Ehemannes. Die Wirkung war eine fürchterliche. Friedrich fiel zu Boden und wand sich vor Schmerzen. Er erlitt derartige Brandwunden, daß er am folgenden Tage verstarb. Die Angeklagte lief sofort nach der That zum Arzt und zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Sie legte in der Verhandlung in völlig gekündeten Zustände ein Geständnis ab, wollte aber bei der That aus Furcht, daß ihr Ehemann im nächsten Augenblick doch seine Drohung ausführen könne, ohne Ueberlegung gehandelt haben. Der Staatsanwalt verurteilte nicht, daß der Fall außerordentlich milde läge, und bat die Geschwornen, ihre mildernde Umstände zuzubilligen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Löwe, plädierte mit Wärme für nichtschuldig, da die Angeklagte die That in einem Zustande von Furcht, Särcen und Besirzung begangen habe, wodurch ihr jede Ueberlegung geraubt wurde. Der Spruch der Geschwornen lautete auf Schuldi, worauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt wurde. Die Geschwornen erklärten dem Verteidiger, daß sie für die Verurteilung ein Gnabengeluch einreichen würden. Auch wurden durch eine sofort veranstaltete Sammlung 30 M. für sie aufgebracht.

Vermisches.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Hannover berichtet: In der Station Wunstorf ereignete heute früh 8 Uhr 16 Min. der von Hannover kommende Schnellzug, wobei zwei Wagen zertrümmert wurden. Personen wurden nicht verletzt. Der Zug konnte mit einer halben Stunde Verspätung seine Fahrt fortsetzen.

Verunglückte Bergsteiger. Am 1. März ereignete sich, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Zürich meldet, am Mittwoch ein schwerer Unglücksfall bei dem Veruche, den Montefosa mit Schneeschuhen zu besteigen. Vier hervorragende Bergsteiger, Kleuder und Dettleffien aus Düsseldorf, Steiger und König von Bern, unternahm seit Wochen Hochtouren, so auf die Jungfrau und das Finsteraarhorn, bisher mit gutem Erfolge. Am Abend trafen sie in Zermatt ein, um die dortigen Berge zu besteigen. Gestern früh 3 Uhr brachen sie von der Veltenschütte auf, um über das Vrhjoch die Margheritahütte zu erreichen. Früh um 5 Uhr beim Uebersteigen des zerklüfteten Gletschers brachen die Hinteren in eine 35 Meter tiefe Spalte ein. Kleuder wurde von seinen Kameraden tot herausgezogen, König ist noch nicht aufgefunden. Von Zermatt ist sofort eine Rettungskolonie abgegangen.

Ueber das Befinden des Grafen Tolstoj wird aus Palta gemeldet, daß Puls und Temperatur befriedigend sind. Die Entzündung läßt weiter nach, doch ist die allgemeine Schwäche sehr groß.

Revolverattentat auf eine Personpost. Unter der Bewachung, ein Revolverattentat auf eine Personpost verübt zu haben, wurden in Lättnij zwei Wildernde einer Berliner Firma ermittelt und festgenommen. Die Attentäter, welche, auf einer Geschäftsreise begriffen, von Schweinitz kamen, feuerten auf die zwischen Lättnij und Schweinitz verkehrende Personpost drei Revolvergeschosse ab. Beim ersten Schuß stürzte vermutlich infolge des Schrecks das Pferd zu Boden; der Reiter sprang sofort vom Wagen, worauf der zweite Schuß abgegeben wurde. Zwei Augen durchschlugen den oberen Teil des Wagens, während der dritte Schuß fehlte. Glücklicherweise wurde von den Passagieren niemand verletzt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Savarie eines Auswandererschiffes. Aus London wird berichtet: Nach hier vorliegenden Meldungen waren dem gestern in Halifax im Tau des Klottdampfers „Karlruhe“ eingetroffenen Klottdampfer „Kedar“ 700 Meilen östlich von Halifax vier Fünftel der Schiffschraube gebrochen, als er von der „Karlruhe“ angetroffen und ins Tau genommen wurde. An Bord beider Dampfer befanden sich über 2000 Passagiere. — Nach dem „Daily Telegraph“ sollen Dienstag im Kanal 3 Schiffe mit einem Gesamtverlust von 90 Menschenleben untergegangen sein. Es waren dies der Dampfer „Jules Jean Baptiste“, der mit 80 Personen, darunter 60 Fahrgäste, auf der Fahrt nach St. Malo laut; ferner der Schoner „Amélie“ mit 5 Mann Besatzung und das Leistenboot Nr. 3 von der Isle of Sein, ebenfalls mit 5 Mann Besatzung. — Der Dampfer „Lokaja“ der afrikanischen Dampfer-Gesellschaft ist nach einem Bericht des Neuseeländischen Agenten in Cape Coast Castle als verloren anzusehen. Der Dampfer strandete auf seiner Exilungsreise während eines Nebels an der Küste von Westafrika, 4 englische Meilen von Half Assinie. Das Schiff liegt mit der Breitseite am Strande, mitten in der Brandung. Die Ladung konnte zum großen Teil gerettet werden. Offiziere und Mannschaften waren bei Abgang des Berichtes noch an Bord, müssen das Schiff aber verlassen, da es sich mit Wasser füllt und der Sand es langsam einjaugt.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. D. Die können Ihnen in dieser Sache keinen Rat geben. Namtsch. Die Mitteilung war zur Aufnahme nicht geeignet. Ober-Schönweide n. a. Berichte müssen stets auf einer Seite beschreiben werden. Der Bericht wird in der Regel geschnitten und verteilt, das ist unumgänglich, wenn beide Seiten beschrieben sind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 28. Februar.
Opernhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Riß Hobbs. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kron). Großes Konzert. Anfang 8 Uhr.
Schiller. König Harlekin. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Lesing. Ueber den Bassen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Sein Doppelgänger. — vorher: Die Vergangenheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delfes Pflanzengarten. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus. Anfang 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Paufen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Welh. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Vandschreiber. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cryphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Cosimo-Theater. Lustige Brüder. Anfang 8 Uhr.
Palastr. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Vanophilum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tauben-Strasse 48/49. Frühlingsstagen an der Riviera. Invalldenstr. 57/52. Tägl. Sternwarte.
Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 105. Neu! Der Boerenkrieg! Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm. Ne u! Gutenberg und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf. Voranzeige! Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billets a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.
Belle-Alliance-Theater. Die Dame aus Trouville. Emil Sondernann a. G. Ferd. Bornsd. Missi Bircher. Rosa Martini. Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt. Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
E. von Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett) Küppickerstr. 68. Heute abend 8 Uhr a. a. „Atelier-Spuk“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Fulda, „Strohwitwe u. Strohwitwe“. Bozena Bradsy, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss. Marcel Salzer.
Casino-Theater. Gottingerstr. 37. Am 1. März vollständig neues erhelltes Spezialitäten-Programm! Dazu „Lustige Brüder“ mit Richter, „Griss“ mit Berg. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: **König Harlekin.** Ein Mordspiel in vier Aufzügen von Rudolf Lothar. Sonnabendabend 8 Uhr: **König Harlekin.** Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Einsame Menschen.** Sonntagabend 8 Uhr: **Jugend.**

Thalia-Theater. Trebbenerstrasse 72/73. **Seine Kleine.** Große Lustspielposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Born a. G. Guido Dieblicher, Gerda Balde. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“ Heimerding. Paul Müller. Boje, Wamowski. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 2. März, nachm. 3 Uhr, kleine Preise: **Alexandra**, Drama in 4 Akten von R. Boh.

Carl Weiss-Theater. Große Franziskanerstr. 132. Anfang 8 Uhr. **Das Jungfernstift.** Operette in 4 Akten von Ernest Guinot. Musik von Jean Gilbert. Morgen und folgende Tage: **Das Jungfernstift.** — Sonnabend nachmittags: **Haus Oudebein.** Sonntag nachmittags: **Das Schloß am Meer.** Sonntagabend: **Preciosa.**

Schall und Rauch (Kleines Theater) Unter den Linden 44. Freitag, 28. Februar, abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von **Eman. Reicher.** „Die Frau des andern“, Komödie in 1 Akt v. Lätzko. „Geschichten vom toten Rabbi“, improvisierte Soloscene von Emanuel Reicher. **Serenissimus-Zwischenspiele** Bauernkomedi. Abschiedssouper.

Metropol-Theater Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung: **'ne feine Nummer!** Barleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Fround. Im 4. Bilde: **Frachens Geburtstagslich.** Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Sonntagabend, don 1. März: **Vierter und letzter Metropol-Theater-Ball.**

Sanssouci Kottbuserstr. 4 a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Hoffmanns Norddeutsche Säger Eine Theaterprobe.** Nach jeder Säger: **Tanzkränzen.** Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Central-Theater. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.** Operette in 3 Akten von G. Reinhardt. Morgen und folgende Tage: **Das süße Mädel.** — Sonnabend, 1. März, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: **Schweewitwen** bei den Heben Zwergen. — Sonntag, 2. März, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Die Puppe.** **Trianon-Theater.** Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 97. Male: **Coralle & Co.** Anfang 8 Uhr. Parkett 7 M.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingsstagen an der Riviera. Invalldenstr. 57/52. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum Friedrich-Strasse 105. **Neu! Der Boerenkrieg!** Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm. Ne u! Gutenberg und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf. Voranzeige! Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billets a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

Belle-Alliance-Theater. Die Dame aus Trouville. Emil Sondernann a. G. Ferd. Bornsd. Missi Bircher. Rosa Martini. Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt. Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

E. von Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett) Küppickerstr. 68. Heute abend 8 Uhr a. a. „Atelier-Spuk“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Fulda, „Strohwitwe u. Strohwitwe“. Bozena Bradsy, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss. Marcel Salzer.

Casino-Theater. Gottingerstr. 37. Am 1. März vollständig neues erhelltes Spezialitäten-Programm! Dazu „Lustige Brüder“ mit Richter, „Griss“ mit Berg. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater. Ganz Berlin spricht von der 7jährigen Lola Gray in dem Mimodrama **Der Bajazzo** und sein **Kind.** Lanzetta o Tiso o Amon 16 erstklassige Nummern! **Täglich ausverkauft!** In Vorbereitung: **Der kleine Cohn ist da!!** Barleske in einem Akt von Robert Broitenbach.

Palast-Theater (früher Kren-Palast) Burgstr. 22. Freitag, den 28. Februar: **Robert Dill-Beneff.** — Frsch-Vorstellung. Um 9 Uhr: Zum erstenmal: **Die Weilschenfee.** Berliner Volksstück mit Gesang in 2 Akten. Dazu zum letztenmal das große brillante **Februar-Programm!** Nach der Vorstellung: **Beneff-Frei-Tanz.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billets-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

Apollo-Theater. Eldorf, Hermannstr. 49. Jeden Sonntag und Montag **Große Theater-Vorstellung.** Großer Saal und Garten zu Vereinskonzerten zu vergeben. 32718* **Ph. Thomas.**

Apollo-Theater. Anfang 8 Uhr: **Don Juan in der Hölle** Das phänomenale Spezialitäten-Program.

Cirkus Schumann. Heute Freitag, den 28. Februar, abends präzis 7 1/2 Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung.** U. a. **Neu! Push-Ball Neu!** 12 Amerikan. Sports-Spiel ausgeführt von 12 Amerikanerinnen

L'éclaircie lumineuse! in Feuer und Klammern, angeführt von Fr. Dora Schumann. **Ideal,** homöopathischer Baldeu-Säule in ganz neuer Gangart dressiert und geritten vom Direktor Alb. Schumann.

Mons. Sosmann in seinem Sports-Kl. Adalbert und Albert, 2 oliv. Hengste in Freiheit vorgeführt von Mad. Reng. Die 3fache Springfahrtschule mit den türkischen Bonität-Verden Babro, Imperiale, Byschet, geritten von Herrn Ernst Reng. Direktor Alb. Schumann mit seinen unverwundt dastehenden Original-Dressuren. Zum Schluss: **Mephisto** ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikcorps. Große Lustspielposse. Fantomlinie vom Hofkassettmeister **A. Siens.** Morgen Sonntagabend, den 1. März: **XI. Grand Soliréo High-Life.** Neue Takt.

Cirkus Busch Freitag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Klondike, Original-Pantomime des Cirkus Busch und die großartigen Spezialitäten.

Reichshallen. Täglich: **Stettiner Säger.** Anfang Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin. Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung. Tägl. Anstich des „Urbock“ Bockbier-Jubel u. Trubel. Ausschank: Berliner Bock-Brauerei. Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Indische Menagerie im Exerzierhaus (am Prenzlauer Thor) Gottingerstrasse 1-7. Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Froese.

Zur Erinnerung an meine Freunde und Bekannten, daß ich **Reue Promenade 1.** am Bahnhofs-Börse einen **Bötzow-Ausschank** eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch. **Paul Riets.**

En gros En detail **Nohtabaf** 33968* **Max Otto, Neue Königstr. 6.** **Wildfleisch 25, 40, 50.** Reh- und Reentier. Gänse 50 Pf., Puten 65 Pf. Guten. Hühner von 1,25, Tanden. **Kaninchen.** A. Ritchl, Dresdenstr. 61.

Heute und Morgen gewähre noch **Extra-Rabatt!** auf die **Restbestände** meines morgen schliessenden **Inventurverkaufs** zu **Ausnahme-Preisen!**

Teppich-Haus **Emil Lefèvre** Berlin Oranienstr. 158. **Jährlich nur einmalige** selten günstige **Kaufgelegenheit** für **Teppiche, Gardinen, Portieren, Tisch- und Divan-Decken, Möbel-Stoffe, Steppdecken** etc.

Goldene Medaille Komms mit Muster zum Massnehmen ins Haus. Bitte Postkarte für Leistungsfragungen.

Wertvoll im Hause kurze Visierzeit. Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23, Nähe Alexander-Platz. Wehr. 1892.

Ladeneinrichtungen gebrauchte jedes Geschäft passend, billig, ev. Teilszahlung. Gebrauchte Einrichtung, nehm in Zahlung. **H. Obst,** Tischlermeister, Reindendorferstr. 68.

Wurst!! Thüringer Rostwurst 55 Pf. Fleischwurst 65 Pf. Delfische Zwiebelwurst 55 Pf. Braunsch. Kalbsleberw. 75 Pf. Westwurst in Polenta 65 Pf. Braunsch. Mettwurst 85 Pf. prima 95 Pf. Schladwurst, echt Thür. 125 Pf. Schweinefleisch in G. 95 Pf. in Halden 95 Pf. Delit. Land ohne Knoch. 110 Pf. Schinken 80 Pf. **Paul Klähn,** 27 Chausseestraße 27.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr,
 im Saale der Brauerei Friedrichshain (vorm. Pipp),
 Am Friedrichshain 22-29:
Außerord. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag, 2. Der von den
 Holzindustriellen und der Innung errichtete Arbeitsnachweis und
 die Entlohnungsfrage. 3. Anträge zum Verbandstag, 4. Die
 Arbeitslosen-Unterstützung, 5. Verbandsangelegenheiten.
 Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
 Die Ortsverwaltung.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee Nr. 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Achtung! Achtung!
Stock- und Celluloidarbeiter.
 Sonnabend, den 1. März, abends 9 Uhr, im Lokal „Königsbau“,
 Große Frankfurterstraße 117:

Gr. Wiener Maskenball.
 12 Uhr Demaskierung. Große Ueberraschung.
 Alle Freunde und Gönner des Verbandes sind ergebenst eingeladen.
 Das Komitee.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin III.
 Am Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal
 des Herrn Zimmermann, Badstraße 58:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Alwin Körsten** über: „Das Kranken-
 und Unfallversicherungs-Gesetz und deren Bedeutung für die Arbeiter.“
 2. Diskussion, Verbandsfrage und Beschlüsse.
 Da der Vortrag für unsern Beruf ein sehr wichtiger ist, ist es
 Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Berein der Bau-Anschläger
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Allee 15, Saal I:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Annahme des 1. Schriftführers, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Ber-
 schlüsse.
 Mitgliedskarte legitimiert. — Beiträge werden nur zwischen 9
 bis 11 Uhr angenommen.
 Diejenigen Mitglieder, welche noch nicht im Besitz der Mitgliedskarte
 von 1902 sind, werden aufgefordert, dieselbe in dieser Versammlung ab-
 zuheben, andernfalls dieselben unter allen Umständen ihrer Mitgliedschaft
 verlustig gehen. — Die alte Mitgliedskarte, sowie die Arbeitsberechtigungskarte
 sind zur Schlussprüfung vorzulegen. — Gleichzeitig werden die
 Kollegen ersucht, die Billets vom Stiftungsfest abzurufen.
 Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgen.
 Deutschlands.
 Filialen: Berlin I u. II, Charlottenburg, Rixdorf,
 Schöneberg, Köpenick.
 Sonntag, den 2. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Nemann,
 Brunnenstraße Nr. 188:
Kombinierte Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Generalbericht vom fünften Verbandstag, 2. Neu- bzw. Ergänzungs-
 wahl des Hauptvorstandes, der Stützkommission und der Prüfungskommission, 3. Ge-
 werkschaftliches. — Bozählung des Ertrages im Vereinsjahr.
 Der Centralvorstand. J. K. H. A. O. L.

Verein der Arbeiter u. Arbeiterinnen der
Wäsche- und Krawattenbranche.
 Morgen, Sonnabend, den 1. März 1902, in den Räumen der
 „Brauerei Friedrichshain“:
Frühlings-Fest in Kleckersdorf.
 Zur Aufführung gelangt:
Die vier Jahreszeiten.
Schluss-Tableau: Der Völkerfrühling.
 Für Aufsicht und Unterhaltung jeder Art wird bestens Sorge getragen.
 Der Saal ist festlich dekoriert. — Anfang 9 Uhr.
 Billets a 50 Pf. sind bei Stanowsky, Döbberstraße 48; Sue,
 Königbergerstraße 24; Leopold, Koppenhagenstraße 78; und Berg,
 Rindfleischstraße 1 zu haben.
 Bei zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Freireligiöse Gemeinde.
 Sonntag, den 3. März, pünktlich 5 Uhr
57. Stiftungs-Fest
 in Kellers großen Festsälen, Koppenstr. 29.
 Konzert, Feste (Walded Manasse), Theater-Aufführungen
 von Kindern der Gemeinde („Der Märchenbrunnen“ von Berthold Schröder)
 und von Erwachsenen („Sturmflut“ von Georg Engel), Gesangs-
 vorträge des gemischten Chors und Tanz.
 Billets mit ausführlichem Programm für Mitglieder 25 Pf. und ein-
 geführte Gäste 50 Pf. sind an den bekannten Zahlstellen und am Sonntag
 vormittag in der hiesigen Aula, Kleine Frankfurterstr. 6, zu haben. 102/1

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
 Sonnabend, den 8. März 1902
Gr. Wiener Maskenball
 in den Festsälen des
 Am **Schweizer-Gartens**, Friedrichshain.
 Billets sind bei folgenden Komitee-Mitgliedern zu haben:
 C. Jänicke, Bismarckstr. 24, S. 4 Tr., G. Bohue, Brunnenstr. 141,
 S. 2 Tr., G. Christies, Mühlstr. 49, v. 3 Tr., S. Schröder, Poststr.
 3 im Laden, P. Kuhre, Jannaustr. 38, Quergeb. 4 Tr.,
 P. Gölbauer, Krausstr. 20, Quergeb. 3 Tr., S. Kottow, Hochmeisterstr. 5,
 Quergeb. 4 Tr., Frau Köhler, Alexanderstr. 21, v. 4 Tr., Kowaldstr.
 20, v. 1. Tr., und in unseren Verkaufsstellen:
 W. Vörner, Ritterstr. 15, S. Gohben, Kommandantenstr. 62, Chr. Schall,
 Simeonsstr. 14, R. Wolf, Pflanzstr. 3, S. Vogel, Demminstr. 32,
 S. Jochen, Bernauerstr. 48, W. Kranke, Pappelallee 15-17, M. Wendt,
 Gollnowstr. 44, Hof 3 Tr., H. Kieburg, Lindenstr. 65, Th. Wichner,
 Schillerstr. 59, und in unsern Versammlungen und beim Rosenkranz
 H. Häber, Rheindorferstr. 62, v. 2 Tr. 821b

Anfang 8 1/2 Uhr. 12 Uhr Demaskierung.
 Billets a 50 Pf. Das Komitee.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
 Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
 Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtes Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
 (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Gehört Salicylsäure u. indischen
 Gänsefett.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße.
 Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke.
 Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 3139L

Herren-Vortrag
 Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
 über: „Die sogenannten unheilbaren
 Männerleiden.“ Freitag, den 28. Fe-
 bruar, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer-
 mann-Deutschensklubhaus, Dabstr. 58.
 Nur für Herren! Eintritt frei! 811b

Herren-Kragen,
 rein leinen, garantiert 4 fach,
 sämtliche neue Jacqons in allen Weiten
 Stück 15 Pf., so lange der
 Geschlossene Kragen
 per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
 Manschetten, prima, garantiert 4 fach,
 1/2 Duzend 2,25 Mark,
 Oberhemden, Servitours, Krawatten
 in größter Auswahl. Trikotas,
 Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-
 Preisen. 32402*
Ernst Harsene, Mäntel, 23.
 Illustriertes deutsches
Honig! Bienenhonig, beste
 Qual. versch. 9 Pf. netto
 zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franko Nachn.
 Garant. Richt. E. Reil, Nord-
 loh, Bahnhof Augustiner Allee 10.
Dr. Simmel, Prinsenzstr. 59.
 Spezialarzt für 7/10*
Haut- und Nervenleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Nicht
 Rheumatismus,
 Gallenstein, Leber-,
 Magen-, Nierenleiden,
 Hautunreinigkeiten,
 Fettleibigkeit,
 Zuckerkrankh.
Blutandrang
 ist vielseitig künstlich
 empfänglich — ohne Be-
 rufsstörung —
Monhaupt
 Citronensaftkur
 mit natürlichem milden Citronen-
 saft von reifen „Citronen“ ges.
 Citronen als „Citronen“ gesch.
 Berlin und nächste Vertriebsstelle sende 1
 Flasche „Citronen“, d. i. Saft von 20
 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo-
 d. i. Saft von 40 frischen Citronen, für
 3 Mk. frei Haus. Anwarts von 4 Mk.
 an franco (incl. Verpackung) mit Korb
 und Dankschreiben vieler Geheilten.
 Täglich frische Pressung.
P. Monhaupt, Berlin P
 Schönhauser Allee 177.
 Fabrik sanitärer Spezialitäten.
 Sonst nirgends weiter.
 Telefon: Amt III. No. 98.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**
 Gustav Zühlke, Berlin S., Prinsenz-
 str. 48, versendet gegen Nachnahme
 garant. neue Bettfedern d. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u.
 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u.
 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u.
 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u.
 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u.
 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u.
 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u.
 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u.
 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u.
 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u.
 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u.
 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u.
 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u.
 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u.
 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u.
 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u.
 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u.
 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u.
 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u.
 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u.
 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u.
 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u.
 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u.
 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u.
 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u.
 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u.
 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u.
 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u.
 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u.
 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u.
 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u.
 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u.
 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u.
 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u.
 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u.
 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u.
 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u.
 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u.
 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u.
 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u.
 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u.
 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u.
 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u.
 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u.
 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u.
 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u.
 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u.
 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u.
 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u.
 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u.
 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u.
 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u.
 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u.
 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u.
 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u.
 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u.
 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u.
 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u.
 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u.
 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u.
 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u.
 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u.
 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u.
 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u.
 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u.
 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u.
 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u.
 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u.
 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u.
 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u.
 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u.
 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u.
 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u.
 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u.
 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u.
 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u.
 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u.
 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u.
 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u.
 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u.
 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u.
 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u.
 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u.
 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u.
 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u.
 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u.
 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u.
 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u.
 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u.
 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u.
 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u.
 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u.
 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u.
 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u.
 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u.
 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u.
 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u.
 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u.
 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u.
 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u.
 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u.
 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u.
 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u.
 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u.
 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u.
 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u.
 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u.
 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u.
 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u.
 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u.
 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u.
 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u.
 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u.
 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u.
 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u.
 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u.
 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u.
 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u.
 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u.
 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u.
 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u.
 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u.
 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u.
 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u.
 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u.
 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u.
 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u.
 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u.
 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u.
 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u.
 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u.
 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u.
 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u.
 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u.
 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u.
 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u.
 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u.
 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u.
 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u.
 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u.
 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u.
 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u.
 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u.
 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u.
 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u.
 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u.
 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u.
 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u.
 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u.
 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u.
 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u.
 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u.
 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u.
 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u.
 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u.
 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u.
 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u.
 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u.
 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u.
 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u.
 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u.
 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u.
 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u.
 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u.
 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u.
 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u.
 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u.
 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u.
 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u.
 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u.
 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u.
 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u.
 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u.
 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u.
 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u.
 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u.
 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u.
 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u.
 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u.
 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u.
 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u.
 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u.
 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u.
 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u.
 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u.
 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u.
 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u.
 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u.
 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u.
 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u.
 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u.
 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u.
 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u.
 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u.
 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u.
 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u.
 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u.
 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u.
 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u.
 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u.
 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u.
 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u.
 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u.
 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u.
 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u.
 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u.
 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u.
 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u.
 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u.
 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u.
 1078. u. 1079. u. 1080. u.

Zu den Gemeindevahlen.

In Wilmerdorf beschäftigte sich gestern eine außerordentlich gut besuchte Volksversammlung mit den bevorstehenden Gemeindevahlen. Nachdem Reichstags-Abgeordneter Jubel in einem anschaulichen Vortrage auf die Bedeutung der Wahlen für die Arbeiterklasse hingewiesen hatte, befahte sich die Versammlung mit der Aufstellung der Kandidaten.

Als Nichteingeseffene wurden aufgestellt die Parteigenossen Gostwirt Hilbert in Halensee und Redacteur Schröder. Als Hausbesitzer kommen in der dritten Abteilung drei Gemeindevorteiler in Betracht; wie an vielen Orten, so war es auch in Wilmerdorf nicht möglich, alle drei Mandate mit „Eingeseffenen“ zu besetzen. Es wurde in der Person unseres Parteigenossen Meyer in Halensee ein Kandidat aufgestellt. Die Stimmung am Orte ist die beste; hoffentlich gelingt es der Socialdemokratie, ihren Kandidaten im ersten Ansturm zum Siege zu verhelfen. Freilich ist dazu in nächster Zeit eine rege Agitation vonnöten.

Der § 51 der Landgemeinde-Ordnung läßt es nicht zu, daß wie ursprünglich beabsichtigt war, die Wahlen in einzelnen Wahlbezirken vollzogen werden. Solches wäre nur möglich, wenn für jeden Bezirk die Zahl der darin zu wählenden Personen besonders festgesetzt worden wäre, und dies erschien in Wilmerdorf nicht thunlich.

Der Amtsvorsteher hat daher seine ursprüngliche Belanmtmachung abgeändert und bestimmt, daß die Wahlen nur in einem Lokal, und zwar im „Victoriagarten“, Wilhelmstraße, vor sich gehen. Die dritte Abteilung wählt ummehre an zwei Tagen, und zwar am Montag, den 10., und Dienstag, 11. März; die zweite Abteilung wählt am 12., die erste am 13. März. Die Wahlhandlung ist festgesetzt auf die Stunden von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Robauweß. Ueberraschend schnell hat sich die hiesige Gemeindevertretung entschlossen, die bevorstehenden Kommunalwahlen auf den 4. März festzusetzen. Die strenge Weibehaltung des Termins vor der öffentlichen Publikation läßt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß eine Ueberrumpelung der hier zum erstenmal an der Wahl teilnehmenden Arbeiterklasse geplant war. Die sich als Sohn im Rorbe fühlenden Vertreter von Besitz haben bisher jeder Verbesserung, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung lag, auf das schärfste widerstrebt und dadurch gezeigt, daß sie nicht im Stande sind, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Durch Aufstellung unsrer Kandidaten Dumernitz, der für sämtliche von der organisierten Arbeiterklasse programmatisch erhobenen Forderungen eintreten wird, suchen wir diesem Uebelstande abzuhelfen. Die Pflicht der Selbsterhaltung treibt deshalb jeden sich als Arbeiter betätigenden Einwohner, nur unsren Kandidaten zu wählen, damit wenigstens eine warnende Stimme ertönt, wenn wieder einmal Summen, wie die zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmal, bewilligt werden sollen. Deshalb auf zur Wahl! Jeder thue am 4. März seine Pflicht. Eine Wählerversammlung findet Montagabend im Restaurant des Herrn Blau statt. Umlaufzettel sind die Genossen Buchbinder Otto Hoffmann, Maurer W. Wagner und Restaurateur Otto Hienzle aufgestellt. Es handelt sich um eine Erloßwahl und zwei Renowahlen. Bei den letzteren gilt es, Siege zu erobern, die bisher von freisinniger Seite besetzt waren.

Abderhof. Die Gemeindevahlen hierorts finden am Montag, den 3. März d. J., nachmittags von 4-7 Uhr, im Gemeinde-Bureau statt. Als Kandidat der 3. Abteilung ist von uns wieder Stuccateur Ernst Laube aufgestellt. Rege Agitation für die Wahl und geschlossene Wahlbeteiligung ist Pflicht der Parteigenossen. — Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Sonntag die Wahlaufforderungen ausgetragten werden; Genossen, die helfen wollen, müssen sich bis Sonnabendabend bei Löwenthal, Hadenbergstr. 3, melden. —

Neu-Weihensee. Die Vorarbeiten unsrer Genossen zu den Gemeindevorteiler-Wahlen der 2. und 3. Klasse sind als abgeschlossen zu betrachten. In der dritten Klasse, der rund 4800 eingeschriebenen Wähler angehören, scheint von unsren Gegnern überhaupt auf die Aufstellung von Kandidaten verzichtet zu werden; die Erfahrungen bei früheren Wahlen lassen ihnen die Trauben so sauer erscheinen. Die einzige Hoffnung unsrer Gegner, die darin besteht, daß die Arbeiterklasse durch den Umstand, daß diesmal in der dritten Klasse drei Hausbesitzer gewählt werden, von der Wahl werde Abstand nehmen müssen, hat sich durchaus nicht erfüllt; von den liebenswürdigen Angeboten der Gegner, einige ihrer Hausbesitzer als Kandidaten mit auf die Liste zu nehmen, konnte kein Gebrauch gemacht werden. Dieser Vorschlag wäre aber ganz sicher auch abgelehnt worden, wenn wir keine Kandidaten gehabt hätten. Der unglücklichen Kantonisten, die heute schon die große Masse der Einwohnerchaft durch ihre tiefgründige „Weisheit“, mit der sie über wichtige Fragen des Gemeinwohl — „abstimmen“, schier in Erstaunen setzen, sind schon allzu viele, und man könnte es beinahe als Beleidigung auffassen, daß man meint, die Arbeiterchaft giebt sich dazu her, daß auf ihren Rücken ihre ärgsten Feinde ins Dorfparlament einziehen können. — Die Arbeiterchaft aber darf sich durch die Thatsache, daß die Gegner bis jetzt keine Kandidaten aufgestellt haben und jedenfalls auch keine aufstellen werden, keinen Augenblick wankend machen lassen in der Agitation für unsre Kandidaten und damit für die Forderungen, welche in unserm Programm festgelegt sind und den einzelnen noch zugestellt werden. Es genügt durchaus nicht, daß unsre Kandidaten gewählt werden, es muß dies vielmehr mit großer Stimmenzahl erfolgen, damit ersichtlich werde, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung auf dem Boden unsres Programms steht und von der Gemeindevertretung dessen Durchführung fordert.

Daß die Arbeiterchaft sich auch an den Wahlen zur zweiten Klasse beteiligen will, hat bei unsren Gegnern ziemlich verwirrung hervorgeufen, war doch die erste und zweite Wählerklasse von ihnen ausschließlich als die Domäne der „besseren“ Bevölkerungsschichten angesehen worden. Die hohe Wahrscheinlichkeit, daß bei der fast unermesslichen Stichwahl unsre Anhänger den Ausschlag geben könnten, wenn nicht gar „Schlimmeres“ geschieht, läßt die tonangebenden Kreise in gegnerischen Reihen nicht schlafen. Unsren Parteigenossen, die in ziemlich großer Anzahl auch in der zweiten Klasse ihr Wahlrecht ausüben können, erwacht die Pflicht, alles zu thun, um auch dort Erfolge zu erringen, damit endlich die reaktionäre Mehrheit aus der Vertretung der Gemeinde verschwinde.

Friedrichsfelde. Bei den bevorstehenden Gemeindevahlen sind in der ersten und dritten Abteilung je zwei, in der zweiten drei Nichteingeseffene zu wählen. Die Gemeindevertretung zählt 18 Vertreter, 5 Schöffen und den Vorsteher, insgesamt 24 Mitglieder. Nach § 52 der Landgemeinde-Ordnung können also 8 Nichteingeseffene, und zwar in der 1. und 3. Klasse je 3 und in der 2. Klasse 2 gewählt werden. Der Gemeindevorsteher rechnet sich, weil er Nichteingeseffener, nicht mit und wären dann nur 7 Nichteingeseffene wählbar entgegen dem klaren Wortlaut der Landgemeinde-Ordnung. Die Parteigenossen haben als Kandidaten aufgestellt den Schuhmacher Otto Vinsler, den Gutarbeiter Karl Cronwald, den Leberarbeiter Adolf Rehr und den Fabrikanten Robert Kurisch. In fleißiger Agitation wird dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterchaft Mann für Mann ihr Wahlrecht zu Gunsten der Socialdemokratie ausübt. Die Gegner haben in ihrer Kollodikalität noch keine Kandidaten aufgestellt. Namentlich verknüpft es sie, daß wir in der dritten Klasse gleich vier Mandate besetzen können. Die Karls-

borster und die Friedrichsfelder Bürgerlichen, sonst die bittersten Feinde, wollen jetzt zur gemeinsamen Abwehr der socialdemokratischen Gefahr ein Kompromiß schließen. Viel Glück dazu!

Pankow. Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen lagen der Gemeindevertretung von unsrer Seite mehrere Anträge vor, in welchen verlangt wurde, die Wahl des Sonntags stattzufinden zu lassen und im Fall der Ablehnung die Wahlzeit auf die Stunden von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends festzusetzen; ferner wünschten wir, daß die Erloß- und Ergänzungswahlen an einem Tage und in zwei getrennten Wahllokalen vorgenommen werden. Letzteres wurde abgelehnt mit dem Bemerkten, daß die Wählerlisten nochmals abgeschrieben werden müßten, was ungefähr 14 Tage in Anspruch nehmen und 50 Mark Kosten verursachen würde. Es wurde beschlossen, am 12. und 13. März die Wahlen der dritten Abteilung vorzunehmen; die Wahlzeit wurde unsern Wünschen gemäß auf die Stunden von 11 bis 8 Uhr festgesetzt. Erst begehrt man das Unrecht, Mandate Jahr und Tag offen zu lassen, und dann mutet man 3000 Wählern zu, zwei Tage, und wenn Stichwahlen eintreten, vier Tage in einer Woche vor dem Wahllich zu erscheinen. Die Arbeiter werden sich trotz alledem nicht abhalten lassen, die vier Mandate der dritten Abteilung zu erobern.

Aus Industrie und Handel.

Das für die Berliner Handelskammer-Wahlen vorbereitende Wahlkomitee der vereinigten hiesigen kaufmännischen und industriellen Verbände hat in seiner am Dienstag, den 25. d. M., stattgehabten Sitzung beschlossen, von den 36 in Betracht kommenden Seiten der Berliner Handelskammer 12 der Börse und zwar 9 der Fonds- und 3 der Produktendörse einzuräumen. Ferner ist der Beschluß gefaßt, in Bezug auf 16 Branchen, deren unbedingte Vertretung in der Handelskammer als erforderlich erachtet wurde, die beteiligten Interessentenkreise zur unzerstücklichen Nominierung geeigneter Kandidaten aufzufordern. Hierüber, sowie über die weiteren noch verfügbaren 8 Sitze wird in einer erneuten dieser Tage stattfindenden Sitzung des vereinigten Wahlkomitees Beschluß gefaßt werden. — Der Verein Berliner Getreide- und Produzentenhändler hält am Sonnabend, den 1. März, eine Versammlung ab, in der die Kandidaten für die Handelskammer nominiert werden.

Die Deutsche Bank. Im Gegensatz zu den bisher bekanntgegebenen Jahresberichten der Großbanken, die allgemein einen erheblichen Rückgang ihres Geschäftsumfanges konstatierten, giebt die Deutsche Bank in ihrer Bilanz einen nicht unbedeutenden Zuwachs ihrer Geschäftsverbindungen an. Das Ergebnis kann nicht überraschen, hat es doch die Direktion verstanden, bei den vielfachen Zusammenbrüchen der Konkurrenz weiter ihr Filialsystem auszubauen und sich an Orten festgesetzt, wo sie bisher unvertreten war. Ganz zu schweigen von den Sanierungsplänen der verkrachten Gesellschaften, bei denen die Bank weniger als der leidende Teil, vielmehr als der empfangende auftrat. Es bestätigt sich damit wieder, wie auch in unserm Banking das Großkapital die Konkurrenz überhügelt und nicht unbedeutend hat die neue Vorsorgegesetzgebung diesem Vorhaben geleistet. Die Bank verteilt auch in diesem Jahre 11 Proz. Dividende und hat sich damit auf der Höhe des Vorjahres gehalten.

Die Gesamtsumme belaufen sich auf 51 815 Millionen Mark (gegen 49 778 Millionen im Jahre 1900); es betragen am 31. Dezember 1901 die Hauptposten des Abchlusses einschließlich der Filialen:

	Aktiva.	1901	1900
Kasse, Sorten und Coupons		79 664 928	63 880 722
Wechsel		344 731 287	299 686 901
Guthaben bei Banken und Bankiers		14 139 075	14 704 353
Report und Darlehen		81 843 904	54 232 479
Lombard-Vorschüsse		17 082 867	15 215 384
Effekten		36 681 710	38 484 890
Konfortial-Veteiligungen		35 505 516	35 056 687
Konmanditen und dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen		50 942 107	51 226 598
Debitoren, gedeckt		236 827 757	229 751 516
Debitoren, ungedeckt		58 250 695	55 543 943
Vorschüsse auf Warenversicherungen		28 659 657	31 064 985
Immobilien in Berlin, Bremen, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, München, London		10 406 643	8 232 900

	Passiva.	1901	1900
Aktien-Kapital		150 000 000	150 000 000
Accepte (Centrale)		39 136 578	36 466 266
Accepte (Filialen)		103 284 341	104 065 084
Depositen-Gelder		214 521 270	190 872 628
Kreditoren		415 787 837	340 293 486
Reserven		49 342 646	48 049 218

Das Effektenkonto umfaßt noch wie vor einen erheblichen Bestand von ersten deutschen Anlagpapieren.

Der Gesamtgewinn betrug brutto 31 500 854 M. (1900 30 355 574 M.), wozu der vorjährige Gewinnvortrag von 706 974 M. tritt.

Für Handlungskosten, Gehälter, Lantienmen an den Vorstand und Beamte, Steuern und sonstige sachliche Kosten wurden vorausgabt 10 883 678 M. (im Vorjahr 9 896 614 M.), darunter Steuern, Abgaben re. 1 773 559 M. (1900 1 507 766 M.).

	1901	1900
Wechsel und Rinsen	14 061 281	14 175 009
Sorten und Coupons	239 100	243 769
Effekten und Konfortial	4 361 492	3 174 802
Provision	8 378 480	7 728 697
Konmanditen und dauernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen	4 760 552	5 083 265

Nach Abzug der Unkosten sowie Abschreibungen verbleibt ein verteilbarer Reingewinn von 20 501 997 M. (gegen 20 410 437 M. im Vorjahr).

Es wird vorgeschlagen, 1 300 199 M. (1900 1 291 043 M.) an die ordentliche Reserve zu überweisen, 11 Proz. Dividende zu verteilen und 774 378 M. (1900 766 974 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Reserven erhöhen sich durch obige Zuweisung auf 50 642 845 Mark gleich 33,76 Proz. des mit 150 Millionen Mark voll eingezahlten Aktienkapitals.

Die Düsseldorf Handelskammer äußert sich in ihrem Jahresbericht ähnlich der Essener Handelskammer sehr zustimmend zu den Syndikatsbildungen; nur die Geschäftsführung des Coalitionsrats wird als nicht einwandfrei bezeichnet, da die Herabsetzung der Preise für Kohlen und Coals in Anbetracht der Geschäftslage der Eisenindustrie ungenügend war. Die Handelskammer hält billige Rohstoffpreise als das einzige sichere Mittel gegen die Krise. Man wird dieser Meinung bestimmen können, ohne in den Jertum zu verfallen, daß mit niedrigen Rohstoffpreisen die Krise überhaupt beseitigt werden kann. Billige Rohstoffe können nur in Zeiten der Krise mildend wirken, während hohe Preise eine Verschärfung der Situation herbeiführen. Die Begünstigung des Ausfuhrgeschäftes kann nur einen teilweisen Erfolg bieten. Die Handelskammer giebt der Meinung Ausdruck, daß die Geschäftslage eine sehr trübe war, aber vor einem überspannten Optimismus müsse gewarnt werden. Von dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten sechs Jahre bleibe bei allen Verlusten und Rückschlägen ein gutes Teil dauernder Besitz unsrer Volkswirtschaft. In dem Bankbericht wird gesagt, die Bankwelt habe einsehen gelernt, daß es unrichtig ist, neue Unternehmungen zu einem so erheblichen Prozentsatz, wie es geschehen ist, auf Bank-

kredit aufzubauen. Der Bankier ist nicht dazu da, die grundlegenden Mittel für die Unternehmungen herzugeben, sondern er soll nur den Ausgleich dafür schaffen, daß in Zeiten einer angespannten Konjunktur ein kleiner Prozentsatz des eigenen Kapitals den Industrielassen zur Verfügung steht, während in entsprechenden stilleren Zeiten der gleiche Kunde ein Guthaben unterhalten sollte. Es geht aber nicht an, daß, wie dies in den letzten Jahren vielfach als Mißsille eingeführt wurde, Fabriken 20 bis 40 Proz. ihres eigenen Kapitals unaußgesetzt als Bankschulden zu verzinsen haben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verhandlungen im Barbiergeverbe, die gestern zwischen der „Freien Vereinigung selbständiger Barbier“ und der Gehilfenorganisation vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts stattfinden sollten, sind gescheitert. Paritsch gab im Namen der Meister die bestimmte Erklärung ab, daß sie nie mehr mit den Gehilfen verhandeln wollten. Karbaum, der Vorsitzende der „Freien Vereinigung“, war nicht erschienen.

Achtung, Kleber! Die Sperre über die Bauten Halensee, Westfälische- und Joachim-Friedrichstraße-Ecke, und Charlottenburg, Ullandstr. 45, ist aufgehoben, da sich Herr Löber endlich bemüht gefühlt hat, den Tarif ohne Abänderung der einzelnen Positionen zu unterzeichnen und anzuerkennen.

Die Bauten Tegeler- und Lumarstraße-Ecke und Pfalzburgerstraße (Unternehmer Knauer, Ullandstr. 26a) sind wegen Nichtzahlung der Tarifpreise gesperrt.

Die Sperren über die Bauten Pankow, Gehnstr. 27, und Berlin, Putznerstr. 56 (Unternehmer Brandenburg, Rannstr. 23), Schöneberg, Ebers- und Tempelhoferstraße-Ecke (Unternehmer Krosky, Weidenweg 51), Charlottenburg, Gerickestraße-Ecke (Unternehmer Schieblisch, Viktorstr. 36), Friedenau, Frege- und Saarstraße-Ecke, und Schöneberg, Roy- und Neue Ansbacherstraße-Ecke (Unternehmer Witt, Dessauerstraße), und Berlin, Potsdamerstraße 100 (Unternehmer Moser, Fehrbellinerstr. 19) dauern unverändert fort.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend. Schützenstr. 18/19, Telephon Amt I, 1308.

Achtung, Modelleure! Der Streit bei der Firma Bauer, Stutzgeschäft, Berlin, dauert unverändert fort, da mehrfache Versuche um Beilegung bisher scheiterten.

Deutsches Reich.

Die Fürsorge für die schwedischen Bäckermeister, welche die Berliner Sicherheitsbehörde so schön begann, legte die Hamburger Polizei beim Durchtransport der 60 Streikbrecher prompt fort. Eine Anzahl organisierter Bäcker waren den Streikbrechern bis Bergedorf entgegengefahren und dort in deren Zug gestiegen; sie konnten die Leute jedoch nicht zur bessern Einsicht bringen. Auf dem Bahnhof in Hamburg wurden die für Schweden „besonders nützlichen Elemente“ von 20 Geheimpolizisten eingefangen und zu Fuß nach dem Dampfer exportiert. Jetzt schwimmen sie bereits auf dem Wasser. Sie sind im Raum eines Frachtampfers verankert, in dem sie drei Tage ohne Betten auf Brettern kampieren müssen. Die Belagerung des Schiffes, welche ausschließlich aus organisierten Leuten besteht, hat keine Veranlassung, sich um die gegen das eigne Klasseninteresse handelnden Leute besonders zu bemühen.

Die Zahl der organisierten Metallarbeiter in Schlesien hat sich, wie auf einer in Breslau abgehaltenen Bezirkskonferenz festgestellt wurde, trotz des schlechtesten Geschäftsjahres um 1000 erhöht. Von 2466 im Vorjahre ist dieselbe auf 3500 in diesem Jahre gewachsen.

Der Lohnstarif der Töpfer in Breslau ist in unveränderter Form auf zwei Jahre verlängert.

Sämtliche Stuccateure in Posen sind, wie schon gemeldet, seit dem 5. d. Mts. von den Meistern ausgesperrt, weil sie einen Lohnstarif eingereicht hatten, welcher gegenüber dem seit drei Jahren bestehenden einige Verbesserungen in verschiedenen Positionen enthielt. Während der ganzen Dauer der Aussperrung sind um die Verteilung, deren auf 31 Gehilfen 21 bei fünf Meistern beschäftigt wurden, in ganz unverantwortlicher Weise über ihre Kräfte zur Arbeit herangezogen worden. Hierzu bietet auch noch der Rektor der Fortbildungsschule die Hand, indem er die sechs Lehrlinge der Firma Michelen bis auf weiteres von dem Besuche des Unterrichts entbunden hat. Ob die Aufsichtsbehörde von diesem Vorgehen des Rektors Kenntnis hat, ist fraglich. — Mehrere Lehrlinge eines andren Geschäftes sind mit der Rüstung eingebrochen, jedenfalls weil ihnen die notwendige Zeit oder die Kenntnis zur ordnungsmäßigen Errichtung derselben fehlt. Einer derselben soll schwere Verletzungen davon getragen haben. — Wie die Prinzipale in Posen sich ausdrückten, erwarten sie am Berlin (S) von der sog. „Freien Vereinigung der Stuccateure“, die voriges Jahr mit Hilfe des Unternehmertums ins Leben gerufen wurde, mehrere Kolonnen Zuzug. Diese dürften allerdings in Posen merkwürdige Verhältnisse antreffen.

Zum Abwehrstreik der Holzarbeiter in Neu-Isenburg wird berichtet, daß die Zahl der Streikenden sich für die zweite Woche um drei erhöht hat, da sich einige Stehengebliebene angeschlossen haben, so daß sich die Zahl für diese Woche auf 81 beläuft, mit 88 Kindern. Ebenso ist es den Ausständigen gelungen, die von Auswärts per Elbbrief angeworbenen Arbeiter abzufangen. Diese Anwerbung geht hauptsächlich von der Firma Wittich aus, die auch einen kolossalen Interentapparat in Bewegung gesetzt hat. Die Situation ist für die Ausständigen eine günstige. Als Arbeitswillige haben sich bis jetzt 2 Radierer gemeldet. In den fünf vom Streit betroffenen Betrieben sind 1 Schreiner, 5 Anschläger und die sonstigen Maschinenarbeiter und Tagelöhner beschäftigt, die jedoch gar nicht in Betracht kommen. Es wird aber dringend gebeten, den Zuzug von Schreibern, Malern, Radierern und Weichbindern streng fernzuhalten.

Durch den Abwehrstreik der Holzarbeiter in Saalfeld sind betroffen: 14 Wächter, 20 Tischler, 4 Drechsler, 5 Schneidmüller und 1 Handarbeiter, im ganzen 44 Mann, von denen die meisten schon jahrelang (3-7 Jahre) bei Adam Schmidt arbeiteten. Verheiratet von den Ausständigen sind 31, welche 53 Kinder zu ernähren haben. Organisiert sind alle Ausständigen. Von diesen müssen jedoch wegen noch nicht zurückgelegter Wartezeit gegen 15 vom Orte unterstügt werden, für die übrigen kommt die Organisation auf.

Der Kampf in Greiz dauert unverändert fort.

Die Zwicker der Schussfabrik von W. Braun u. Co. in Mainz haben die Arbeit niedergelegt. Sie konnten nicht mehr weiter arbeiten, weil Herr Braun sich beharrlich weigerte, die Werkstätte — heigen zu lassen.

Die Münchener Schneider beschlossen in geheimer Abstimmung mit 486 gegen 4 Stimmen, daß die Arbeit überall dort niedergezulegen sei, wo der Tarif nicht unterzeichnet wird. Dies ist die Antwort auf die vom Arbeitgeber-Verband angeordnete Aussperrung der Gehilfen! — Die Kommission der Arbeiter begab sich in erster Linie zu dem Hauptgeschäftsmacher Christian Schwarz u. Sohn, Prielmayerstraße, Sekretär des Arbeitgeber-Verbandes, und legte den neuen Tarifvertrag, der keine neuen Lohnforderungen enthält, zur Unterzeichnung vor. Herr Schwarz lehnte die Unterzeichnung ab. Infolgedessen legten in dem genannten Geschäft sämtliche Arbeiter sofort die Arbeit nieder. — Zuzug von Schneidern nach München ist streng fernzuhalten.

Berliner Partei-Moglichkeiten.

Im Bezirk Waidmannslust findet am Sonntag früh 1/8 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Genossen wollen sich an folgenden Stellen recht zahlreich einfinden: in Tegeel bei Waul Krause, Berlinerstr. 94, in Vorjigwalde beim Genossen Biering und in Dalldorf bei G. Kroll (Zur Mühle).

Tegeel. Die Gewerbevereine S. 1. Wahlen finden am Mittwoch, den 5. März, im hiesigen Amtsbureau in der Zeit von 12-8 Uhr nachmittags statt. Unser Kandidat ist der Arbeiter Julius Neumann, Berlinerstr. 87.

Zu Dalldorf kandidiert der Genosse Maurer Karl Müller, Rosenbollerstr. 2, als Arbeitsnehmer. Die Wahl wird ebenfalls am Mittwoch, den 5. März, in der Zeit von 12-8 Uhr vollzogen. Wahllokal ist das Amtsbureau. Pflicht der Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß die Obmannen, die im Kreise der Arbeiter das größte Vertrauen besitzen, gewählt werden. Erscheint Mann für Mann an der Wahlurne, damit wir mit großer Majorität siegen.

Kokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung wurde fast vollständig durch die erste Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1902 in Anspruch genommen. Der Stadtkämmerer gab in der Rede, mit der er den Etat einführte, das unerwartet treffende Urteil ab, auch dieser neue Etat bewege sich ruhig in dem alten Geleise weiter und enthalte nichts Neues. Er ließ durchblicken, daß die Schwierigkeit, die erforderlichen Mittel zu beschaffen, im Wesentlichen sei, verfehlt oder, daß trotzdem an den notwendigen Ausgaben nirgends gespart worden sei. Unser Genosse Borgmann, der als erster Redner nach dem Kämmerer zu Worte kam, bemängelte an dem Etatentwurf die merkwürdige Schwelgerei, die der Magistrat gegenüber den wichtigsten kommunalen Fragen darin beobachtet. Borgmann ging auf eine Reihe von Einzelheiten näher ein, auf die Arbeitslosigkeit, zu deren Bekämpfung der Magistrat nichts thut, auf die Behandlung, die die Bürgerweiserfrage kürzlich im Abgeordnetenhaus erfahren hat, sodann namentlich auf die vielfachen Mißstände, die im Volksschulwesen herrschen, auf die Frage einer Reform des städtischen Gesundheitswesens usw. Als der Redner der sozialdemokratischen Fraktion mit einem scharfen Ausfall gegen die freisinnige Mehrheit der Versammlung geendet hatte, erhob sich Oberbürgermeister Kirchner, um in seiner bekannten Weise — von oben herab — zu antworten. Was die Arbeitslosigkeit angeht, so pries er die „stille Thätigkeit“ des Magistrats, das sei die richtige. Er behauptete, Borgmanns Angriffe hätten auf den Magistrat nicht den geringsten Eindruck gemacht, aber der Umstand, daß er eine sofortige Antwort für nötig gehalten hatte, sprach eher für das Gegenteil. Es folgte dann als Sprecher der „Alten Linken“ Herr Cassel, der sich mit oft bewährtem Geschick um alle die Punkte, die zu Ausstellungen Anlaß geben müssen, herumredete. Beachtung verdient die von ihm abgegebene Erklärung, daß ein großer Teil seiner Fraktion nach wie vor gegen die Aufhebung der Biersteuer ist. Der Redner der „Neuen Linken“, Herr Preuß, der nach Herrn Cassel das Wort ergriff, sprach mit gewohnter Breite und stand bald vor leeren Bänken, zumal da es inzwischen bereits 8 Uhr geworden war. Die Debatte schloß sich dann unter Beifall der Herren Rommensen und des Oberbürgermeisters Kirchner, muntert und einleitend, bis in die dritte Stunde hin. Ein von freisinniger Seite gestellter Schlußantrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen — Borgmann konnte infolgedessen nur noch in persönlicher Bemerkung antworten — und der Etat wurde dem Ausschuss überwiesen.

Von den zahlreichen Gegenständen, die sonst noch auf der langen Tagesordnung standen, wurden einige in fliegender Hast ohne Debatte erledigt; das meiste aber — auch der Fortbildungsschul-Antrag — wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie (Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen) hat dieser Tage über ihre Thätigkeit Bericht erstattet. Es heißt in dem Bericht über das Wirken der Kolonie: Das vergangene Sommerhalbjahr war gegenüber den Vorjahren eines der arbeitsreichsten und stellte an die einzelnen Mitglieder der Kolonie große Anforderungen. Waren doch nicht weniger denn 34 Festlichkeiten von politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen mit Mitgliedern der Kolonie zu bescheiden. Bei den großen Volksfesten des 4., 6. und Niederrheinischer Wahlkreises, des Arbeiter-Rauberbundes, des Central-Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, der Krankenkasse der Tischler und schließlich des Arbeiter-Sängerbundes wurde die Station angebahnt, welche aus zwei transportablen Zelten mit den notwendigen Gerätschaften, wie Betten usw. besteht. Zu den übrigen Festen wurden je 2 bis 5 Mitglieder, mit ihren Handtaschen versehen, delegiert. Es wurde in 107 Fällen Hilfe geleistet, davon allein beim Sängerkreis 45 Hilfeleistungen und beim Volksfest des 6. Kreises 20 Hilfeleistungen. Die Thätigkeit unserer Kolonie nun hat uns eine Ausgabe von weit über 600 M. während des letzten Sommers verursacht. Es wird wohl daher jedem Menschen einleuchten, daß die Kolonie, welche aus 25 Mitgliedern besteht, nicht im Stande ist, von ihren geringen Beiträgen die Unterhaltungskosten zu bestreiten, sondern daß wir dazu der Unterstützung der Arbeiterschaft bedürfen. Was Ihr uns gebt, gebt Ihr der Gesamtheit wieder. Unsere Mitglieder erhalten außer ihren notwendigen Kosten wie Fahrgehalt usw., keinerlei Vergütung. Sie stellen ihre freie Zeit in den Dienst dieser idealen und humanitären Institution. Um nun im kommenden Jahre wieder den an uns gestellten Aufgaben gerecht werden zu können, sehen wir uns gezwungen, Eure materielle Hilfe in geringem Maße in Anspruch zu nehmen. Einzelne Vereine und Gewerkschaften haben in dankenswerter Weise auch bisher unsere Bestrebungen unterstützt, doch würde, wenn alle Arbeitervereine dies Beispiel befolgen, auch eine geringe Zuteilung genügen. Als eine Organisation, welche sich bewußt ein notwendiges Glied in der proletarischen Klassenbewegung zu bilden, glauben wir eine Anerkennung unserer Thätigkeit Eurerseits in diesem Sinne sicher zu sein. Gleichzeitig empfehlen wir den verehrten Vorständen, die Mitglieder zur Teilnahme an unsrer bekannten Unterrichtskurse zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen anzuregen.

Geldpendungen nimmt der Kassierer G. Hellmuth, Berlin O., Langestr. 22, entgegen; Aufträge und Anfragen sind an den Vorsitzenden E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, zu richten.

Die sechs Normaluhren in Berlin sind jede durch ein besonderes Kabel mit der königlichen Sternwarte am Tierpark verbunden, damit ständig der Gang der Uhren geregelt werde. Diese Kabel sind im Laufe der Jahre sämtlich schadhaft geworden, so daß eine vollständige Erneuerung notwendig wird. Eine solche ist schon erfolgt für die Uhr auf dem Hackeschen Markt, wofür mehr als 10 000 M. Kosten erwachsen. In neuerer Zeit hat Oberbürgermeister Professor Förster, der Direktor der Sternwarte den Vorschlag gemacht, eine Normaluhr neuer Konstruktion, die eine beständige Kontrolle wie die bisherige nicht erfordert, auf einem größeren städtischen Platz, vorgeschlagen ist der Lützowplatz, aufzustellen. Wenn diese Veranschlagung sich bewährt, dann würde die Erneuerung der Kabel, die außer den bedeutenden Kosten mit sehr erheblichen Mißständen für den Straßenbau verbunden ist, sich erledigen. Der Magistrat hat diesen Versuch für ratsam erachtet und zunächst 4500 Mark für diese neue Uhr, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, bewilligt.

Die Opfer der „Großen“. Im Monat Februar wurden im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn drei Personen getötet, und zwar die Knaben Wladimir und Wladimir und Schneider Schenk aus Potsdam. Alle drei gerieten beim Ueberfahren der Bahrdämme unter Straßenbahnwagen. Während die Zahl der Toten die gleiche geblieben ist wie im Monat Januar, hat sich diejenige der Schwerverletzten verdoppelt. Sie ist von vier auf acht gestiegen. Von diesen sind vier Personen beim Auf- und Absteigen zu Schaden gekommen, während einer bei Verübung eines Selbstmordversuchs verletzt wurde. Zwei der Schwerverletzten sind bei Zusammenstoßen verwundet worden.

Ein weiblicher Kandidat der Medizin. Fräulein Elise Ebstein aus Breslau, hat gestern Abend an der Berliner Universitäts-ärztliche Vorprüfung glänzend bestanden. Von den hier examinirten Damen ist sie die erste, welche einen regelrechten Studiengang durchgemacht hat; Fräulein Ebstein bestand als Extranee die Abiturientenprüfung am Friedrichs-Gymnasium zu Breslau und hat zuerst drei Semester an der dortigen Universität, dann eins in Berlin studiert. Bei der gestrigen Prüfung erhielt sie das Prädikat „gut“, welches von den 14 Kandidatinnen insgesamt 7 zu teil wurde. Fräulein Ebstein gedenkt ihre Studien in Freiburg fortzusetzen. — Eine andere Dame, Fräulein Dr. Martha Wagnerski, die in Berlin ein außerordentlich gutes Physikstudium beendete, ist jetzt im Besitze der deutschen ärztlichen Approbation, die sie in Halle erlangt hat. Die Dame, die schon früher in der Schweiz Examina gemacht hat, arbeitet jetzt im städtischen Krankenhaus am Urban unter Professor A. Franke.

Das Befinden des Professors Rudolf Virchow ist andauernd befriedigend. Der Patient bedient sich jetzt bei seinen Gehversuchen einer sogenannten Laufbank. Der Patient nimmt auch leidlich gut Nahrung zu sich und erheut sich besserer Nachtruhe. Man geht die Hoffnung, daß er in einigen Wochen schon sich allein an einem Stode bewegen können.

Die vor einigen Jahren nach dem System Wegener in der Gitschinerstraße erbaute „Räuschmelze“ wird jetzt wieder abgebrochen, nachdem der Ofen schon längere Zeit nicht mehr in Thätigkeit gewesen ist.

Ein Stitzbild und dem Großstadtsumpf. Unter dem Titel „Moskall und Genossen“ beginnt heute, Freitag, vor der III. Strafkammer des Landgerichts I der Skaudalprozess, in welchem der ehemalige Hofkapellmeister Gustav Haupt eine so trübliche Rolle spielt. Die auf Vergehen gegen die Sittlichkeit, Bandendiebstahl und Anspitze lautende Anklage richtet sich gegen sechs Personen, unter denen Haupt jedenfalls die interessanteste ist. Er ist der Sohn des Mittelklassenbesitzers aus dem Neumärkter Kreis, Haupt, welcher seiner Zeit das Ehrenamt eines Landesältesten bekleidete. Dem Angeklagten, der sich infolge seiner hervorragenden schauspielerischen Talente und stimmungsvollen Begabung frühzeitig der Bühne widmete, schien eine glänzende Zukunft bevorzusehen, er hat sich diese aber durch die von ihm zur Schau getragene Ungebundenheit eines „Neberrmenschen“ und durch Extravaganzen auf sittlichem Gebiete völlig verzerzt und ist von Stufe zu Stufe immer tiefer gesunken. Haupt war vor etwa 15 Jahren Mitglied des hiesigen Residenztheaters, kam dann an das großherzogliche Hoftheater in Oldenburg, von da an das Landestheater in Prag und schließlich an das Hoftheater in Weimar. Sein Verderben war die Thasandie, daß ihm beim Eintritt seiner Großjährigkeit ein mütterliches Erbe von 25 000 M. angesetzt wurde. Er hielt sich nun für einen Krösus, stürzte sich kopflos in den Strudel der Lebenslust und war der Geldmangel schließlich ein Abenteuer. In Prag trat er in ein ganz intimes Verhältnis zu seiner Wittib, die um mehrere Jahre älter als er ist. Diese, die unweibliche Mahilde Wahle, die jetzt als Helferin des Haupt mit diesem auf der Anklagebank sitzt, hat auch noch in Weimar mit ihm zusammen gelebt und ist mit ihm nach Berlin gegangen, als er sich infolge seines ausschweifenden Lebenswandels in Weimar unmöglich gemacht hatte und aus dem Verbanne des dortigen Hoftheaters scheiden mußte. Nachdem er hier einige Versuche gemacht hatte, seine schauspielerische Begabung auf verschiedenen Vorstadtbühnen zu verwerten, fand er bald vis-à-vis de rien, schnornte Freunde und Wärmer an und scheint schließlich ganz verkommen zu sein. Außer der Wahle wohnte auch der Angeklagte Kaufmann Karl Moskall bei ihm, mit dem er uneheliche Beziehungen unterhielt. Die drei, sollen nun nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei die eleganten Wohnungen, die die Wahle auf ihren Namen in der Mohrenstr. 21 und in der Kronenstr. 63 gemietet hatte, zu Lasten, aber auch zu Räuberhöhlen gemacht haben, in welchen die in der Passage, in der Friedrichstraße, Unter den Linden u. ausgelassenen Männer mit pervertierten Neigungen in dreifacher Weise ausgeplündert wurden. Wenn die Besucher die Wohnung verließen, waren ihnen aus den Taschen ihrer Kleidungsstücke, die sie gewöhnlich auf einen vor einer dunklen Kammer stehenden Stuhl legen mußten, Wertgegenstände, Uhren, Portemonnaies u. in mysteriöser Weise abhanden gekommen. Wahrscheinlich haben, während Moskall oder Haupt, die Besucher unterhielten, die beiden andern in der dunklen Kammer auf Posten gestanden und die Verabredungen ausgeführt. Da es sich um Dinge handelt, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen, so haben sich die Opfer, deren Zahl nicht zu ermitteln ist, geschweigt, Anzeige zu erstatten und es vorgezogen, ihren Verlust zu ertragen, um nicht bloßgestellt zu werden. Ein 21-jähriger Maschinenbauingenieur, ein älterer verheirateter Fabrikbesitzer und ein 65-jähriger Rentier, denen größere Summen geraubt worden waren, haben schließlich die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, müssen sich jedoch nun auch wegen fittlicher Verfehlungen verantworten. Die Verhandlungen wird Landgerichtsrat Wachtel als Vorsitzender leiten, den Angeklagten stehen die Rechtsanwälte Dr. Schwandt, Goldschmidt und Marcuse als Verteidiger zur Seite. Unter den 45 Zeugen befinden sich solche aus Weimar, Halberstadt, Würzburg, Dresden. Als Sachverständiger ist Kriminalkommissarius v. Tredow, dem das hier in Frage kommende kriminelle Gebiet unterstellt ist, geladen. Für die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, sind drei Tage angesetzt.

Nach eine „Sanierung“. Der Schlächtermeister H. hatte, weil er der Wunderrfordernde war und hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit und Solidität eine sehr günstige Auskunft vorlag, die Fleischlieferungen für ein hiesiges Krankenhaus erhalten, kam seinen Verpflichtungen aber nur sieben Monate lang nach, dann stellte er die Lieferungen ein und es wurde über sein Verändern der Konkurs eröffnet. Bei der weiteren Verhandlung mußte einem andern Unternehmer der Zuschlag zu höheren Preisen erteilt werden, wodurch der Stadtgemeinde für den Rest des Rechnungsjahres ein Schaden von über 8000 Mark entstanden ist, für den der Kontraktbrüchige laut Vertrag mit seinem ganzen Vermögen zu haften hat. Nach Aufhebung des Konkurses hat H. die Auszahlung eines Rest Guthabens von rund 8000 M. beantragt, welches der Magistrat einstweilen zur Deckung des der Stadtgemeinde entstandenen Schadens einbehalten hatte. Da die Krankenhans-Verwaltung sonst mit den Fleischlieferungen zufrieden war, hat der Magistrat nach Prüfung der ihm vorgelegten Gründe beschloffen, Villigkeitsrückichten zu nehmen und den Schadensanspruch der Stadtgemeinde auf die Hälfte zu reduzieren. Danach sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, von den einbehaltenen 8000 M. etwas über 4000 M. ausbezahlt werden.

Durch Vändendiebstahl ist ein großes Konfektionshaus in der Kurstraße seit Jahren fortgesetzt geschädigt worden. Zu seinen Angestellten gehörte auch ein Lagerausseher Dömer, ein Junggeheile, der das volle Vertrauen seiner Arbeitgeber genoss. Dieser Mann schnitt nun von jeder neuen Sendung, die auf das Lager kam, ein Stück ab und brachte es zu einem Barbier N. in der Gegend des Neuen Marktes. Dessen Braut brachte die Diebesbeute zu ihrer Tante, einer Grünkrandhändlerin, soweit N. sie nicht an seine weibliche Friseurhandlung abgeben konnte. Die Grünkrandhändlerin wurde nun schließlich so dreist, daß sie an

ihrem Stand in der Markthalle mit dem Gemüße zugleich die Seide feilhielt. Der Polizei fiel das schon seit geraumer Zeit auf, aber es bedurfte monatelanger Beobachtungen, bis die Kriminalbeamten den Diebstahl der Seide ermitteln konnten. Als sie endlich Römer bezuschuldigten, fanden sie bei seinen Arbeitgebern gar keinen Glauben, so groß war ihr Vertrauen zu ihm. Erst das Geständnis des Angeklagten überzeugte sie von dem groben Mißbrauch, den er mit ihrem Vertrauen getrieben hatte. Römer wurde verhaftet, während die Diebe auf freiem Fuße blieben.

Sturz aus dem Fenster. Eine aufregende Scene gab es gestern Morgen um 8 Uhr in der Reichsbergerstraße. Als zahlreiche Leute, die an ihre Arbeitsstelle eilten, den Bürgersteig belebten, stürzte vor dem Hause Nr. 144 plötzlich ein Mann herab und blieb mit geschmeiterten Gliedmaßen vor den Füßen zweier Mädchen liegen. Während diese entsetzt zurücktraten, liefen andre zum Arzt und nahmen sich des Schwerverletzten an. Dieser war der 31 Jahre alte Buchbinder Wilhelm Kruse, der mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern seit Oktober des vorigen Jahres im dritten Stock des bezeichneten Hauses wohnte. Kruse war seit einem halben Jahre nervenleidend und die letzten vierzehn Tage in ärztlicher Behandlung. Gestern Morgen um 8 Uhr spielte er mit seinen Kindern, als der Postbote klingelte. Während seine Frau diesem öffnete, verließ er plötzlich seine Kinder, lief auf den Balkon hinaus und stürzte sich über die Brüstung auf den Bürgersteig hinab. Als zwei Aerzte kamen, war der Unglückliche schon tot. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Revierpolizei nach dem Schauhaufe gebracht.

Bei einem Fluchtversuch ist in der vergangenen Nacht die 19 Jahre alte ehemalige Arbeiterin Gertrud Schen, die sich seit einiger Zeit in dem Zuchthaus Schar zu Plötzensee befand, schwer verunglückt. Mit drei andern Mädchen hatte sie einen Fluchtplan verabredet und aus Beiläufigkeit eine Art Strick zurecht gemacht. Gestern Abend spät, als alles im Hause ruhte, ließen die Mädchen den Strick aus ihrem Schlafzimmerfenster im zweiten Stock über die Mauer hinab, um mit seiner Hilfe das Freie zu gewinnen. Die Ausfühlerin Schen wollte zuerst hinabklettern. Sie war aber kaum bis zum ersten Stock gekommen, als der Latenzstrick riß und sie auf den Hof hinabfiel, wo sie mit gebrochenen Beinen liegen blieb. Als die andern Mädchen sahen, daß der Versuch mißlungen war, schlossen sie das Fenster, legten sich wieder ins Bett und ließen ihre verunglückte Gefährtin unten hilflos liegen. Erst später fanden Hausangehörige sie bei einem Rundgang und brachten sie nach Berlin in ein Krankenhaus.

Ein „Klingelfahrer“ konnte gestern durch die Entschlossenheit einer Frau festgenommen werden. In letzter Zeit gingen der Polizei Mitteilungen über Einbruchsdiebstähle zu, welche am hellen Tage in unaufsichtigt stehenden Wohnungen vorgenommen wurden. Der Verdacht der Thäterschaft richtete sich auf einen Handelsmann, der in der Reuberstraße 9 beobachtet worden war. Es war dies ein etwa 25-jähriger Bürsche, welcher mit Briefbogen und Conversen haufierte und auch an der Wohnung eines Fräulein Müller in der zweiten Etage klingelte. Der Handelsmann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Wohnungsinhaberin nicht zu Hause sei und entfernte sich dann. Zwei Stunden später wurde er wieder von Hausbewohnern beobachtet, als er die Treppe hinunterging und sich schleunigst entfernte. Fräulein M., die bald darauf nach Hause gekommen war, stellte fest, daß bei ihr eingebrochen und außer verchiedenen Werthachen 70 Mark Bargeld gestohlen worden war. Die Polizei forschte zunächst vergeblich nach dem Klingelfahrer, auf dessen Conto auch die übrigen in jener Gegend verübten gleichartigen Diebstähle gesetzt wurden; der Bürsche hatte das Feld seiner Thätigkeit nach einem anderen Stadtteil verlegt. Gestern unternahm er eine „Fahrt“ durch die Andreasstraße und drang in die Wohnung des Kaufmanns W. Während hier der Dieb noch in voller Thätigkeit war, kehrte Frau W. von einem Ausgange zurück und erblickte, die Thür öffnend, den fremden Menschen in ihrer Wohnung. Schnell in den Flur zurückeilt, schlug sie die Korridorthüre zu, schloß diese ab, bevor der Verbrecher hinaus konnte und ließ den Schlüssel stecken, um so den etwaigen Einbruch des Eindringlings zu erschweren. Nun alarmierte Frau W. Hausbewohner, um ein Entweichen des Diebes zu verhindern, welcher dann auch durch inzwischen herbeigerufene Polizeibeamte festgenommen wurde. Bei dem Verbrecher, der sich Jonas nennt und angeblich wohnungslos ist, wurde ein Stemmstein, ein Bund Dietriche und einige andre Diebeswerkzeuge vorgefunden.

Theater. Herr Direktor Ludwig Rosenfeld vom Passage-Theater teilt uns mit, daß er von der nächsten Saison ab das Luisen-Theater in der Reichsbergerstraße in Pacht nimmt.

Feuerbericht. Mittwochabend 9 Uhr wurde die Wehr nach der Invalidenstr. 5 gerufen, wo in einem Kleiderladen auf noch nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen war. Es mußte indes nur kurze Zeit mit einem Hocher Wasser gegeben werden, um die Flammen zu erlöchen. Der verursachte Schaden ist unbedeutend. Gleichzeitig war in der Bernauerstr. 69 in einer Wohnung die Wandbelüftung und die Vallenlage in Brand geraten. Anruf am öffentlichen Feuermelder wurde abends 8 Uhr in der Kottbuserstr. 21a verübt. Der Thäter konnte leider wieder nicht ermittelt werden. In der Friedenstr. 69 wurde kurz vorher ein Zimmerbrand abgelöscht, der hauptsächlich Möbel und den Fußboden beschädigte. Nachmittags erfolgte ein Alarm nach dem Sandmannshof, Alexandrinenstr. 105/106. Hier hatten in einem Keller Vollen und Wänle Feuer gefangen, dessen Abflämmung jedoch in kurzer Zeit erfolgte. In der Emdenstraße 36 mußte ein Brand beseitigt werden, der den Fußboden und die Vallenlage ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Lützowstr. 30 und Schönhauser-Allee 141 zu verzeichnen, die jedoch auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Nach dem im Magistrat festgestellten Entwurf des Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1902 sollen erhoben werden: 150 Proz. Einkommensteuer (bisher 140 Proz.), Grundsteuer nach dem Sage von 2,90 pro Mille (bisher 2,60) des gemeinen Wertes der Grundstücke und 200 Proz. Gewerbesteuer (bisher 190 Proz.). Bei der Betriebs-, Lustbarkeits-, Umsatz-, Bier- und Grundsteuer soll es bei den bisherigen Sätzen bleiben. Der Entwurf des Haushaltsplans liegt von heute (Freitag) ab 8 Tage lang im Zimmer 57 des hiesigen Rathauses zur Einsicht öffentlich aus. — Die Wahl des Stadtverordneten Dr. Pöppe zum unbesoldeten Stadtrat ist bereits von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden.

Gegen den Inspektor und gegen einen Kasseher der Rixdorfer Amtsgefängnisse ist Strafanzeige wegen Körperverletzung erstattet worden. Der Hausdiener Gustav Tornow behauptet nach der „Berliner Zeitung“, er sei in der Schönstedtstraße vor den Fenstern des Gefängnisses von dem Inspektor gefaßt und aufgefordert worden, mitzukommen. Er habe sich loszureißen versucht, sei dann aber dem Inspektor in den Hof des Amtsgefängnisses gefolgt. Hier sei er zu Boden geworden, geschlagen, geschlagen und gestochen worden. Schließlich habe man ihn laufen lassen. — Der Inspektor hat seinerseits dem genannten Mann erklärt, daß am fraglichen Abend sich vor dem Gefängnis junge Burken unruhig benommen hätten. Er habe dann einen Urtschen, der sich in verdächtiger Weise an den Fenstern zu schaffen machte, in den Gefängnis Hof gebracht. Dort habe sich der herbeieilende Kassenbesitzer, der seinen Vorgesetzten gefährdet wählte, hinreichend lassen, den todenden Burken durch Verabreichung einer Tracht Prügel kampfunfähig zu machen. Der Inspektor bestätigte, daß das gerichtliche Verfahren auf Grund der von Tornow wegen Körperverletzung gemachten polizeilichen Anzeige eingeleitet sei. Das weitere wird sich demnach ja vor Gericht ergeben.

Weiter-Prognose für Freitag, den 28. Februar 1902. Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und lebhafte südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.